



Alle Inhalte unter
bildungsbericht.de
verfügbar

Autorengruppe Bildungsberichterstattung

Bildung in Deutschland kompakt 2020



Zentrale Befunde des Bildungsberichts

Der Bildungsbericht wurde unter Federführung des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation von einer Autorengruppe erstellt, deren Mitglieder den folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Statistischen Ämtern angehören:

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (*DIE*), Deutsches Jugendinstitut (*DJI*), Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (*DZHW*), Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (*LifBi*), Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (*SOFI*) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (*Destatis*, *StLÄ*)

Autorengruppe Bildungsberichterstattung:

Prof. Dr. Kai Maaz (*DIPF*),
Sprecher der Autorengruppe
Prof. Dr. Cordula Artelt (*LifBi*)
Leitende Regierungsdirektorin Pia Brugger (*Destatis*)
Prof. Dr. Sandra Buchholz (*DZHW*)
Dr. Stefan Kühne (*DIPF*)
Dr. Holger Leerhoff (*StLÄ*)
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (*DJI*)
Prof. Dr. Ulrike Rockmann (*StLÄ*)
Prof. Dr. Hans-Günther Roßbach (*LifBi*)
Prof. Dr. Josef Schrader (*DIE*)
Prof. Dr. Susan Seeber (*SOFI/Universität Göttingen*)

unter Mitarbeit von:

Dr. Meike Baas (*Destatis*)
Dr. Volker Baethge-Kinsky (*SOFI*)
Iris Hoßmann-Büttner (*StLÄ*)
Dr. Christian Kerst (*DZHW*)
Katharina Kopp (*Forschungsverbund DJI/TU Dortmund*)
Dr. Susanne Lochner (*DJI*)
Svenja Mank (*DIPF*)
Dr. Michael Mudiappa (*LifBi*)
Dr. Maria Richter (*SOFI*)
Ina E. Rüber (*DIE*)
Stefan M. Schulz (*DIPF*)

Wissenschaftliche Koordination:

Dr. Jessica Ordemann (*DIPF*)

Impressum

Gesamtherstellung:

wbv Publikation
ein Geschäftsbereich von wbv Media GmbH & Co. KG,
Bielefeld 2020

Umschlagfotos:

oben links: istock/Kerkez
oben rechts: Adobe Stock/LIGHTFIELD STUDIOS
unten links: istock/SolStock
unten rechts: Adobe Stock/Seventyfour

Konzeption und Umsetzung der Infografiken:

sapera_

www.sapera.com

Diese Publikation ist mit Ausnahme der Umschlagfotos unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Sie ist kostenlos verfügbar unter wbv-open-access.de und bildungsbericht.de.

Einleitung

„Bildung in Deutschland“ ist ein Bericht, der alle 2 Jahre eine systematische Bestandsaufnahme des gesamten deutschen Bildungssystems auf Basis von Daten der amtlichen Statistik und aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen bietet. Eine wissenschaftlich unabhängige Autorengruppe erstellt den von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Bericht. „Bildung in Deutschland“ benennt den Stand und die Entwicklungsperspektiven in den verschiedenen Bereichen des deutschen Bildungssystems – von der frühen Bildung über das Schulwesen, die berufliche Ausbildung und Hochschule bis hin zur Weiterbildung. Die Autorinnen und Autoren analysieren die Bildungsvoraussetzungen, Bildungswege und Bildungsergebnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und verknüpfen sie mit Daten zu Qualitätsmerkmalen von Bildungsinstitutionen sowie weiteren Kontextinformationen (z. B. der Region). Mit dieser Aufbereitung verfügbarer Daten dokumentiert auch der 8. Bildungsbericht bereichsübergreifend die aktuelle Entwicklung des Bildungssystems. Er bietet so eine Grundlage für fundierte Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit.

Dieses umfassende Orientierungswissen beruht zum einen auf einer kontinuierlichen Recherche, Systematisierung und Zusammenstellung von Informationen zu politischen, rechtlichen und fachlichen Entwicklungen im Bildungswesen. Zum anderen fußen die Bildungsberichte auf Analysen repräsentativer und fortschreibbarer Daten. Diese werden unter der Leitidee von Bildung im Lebenslauf strukturiert, mit Blick auf übergreifende Fragestellungen neu oder unter erweiterten Gesichtspunkten analysiert und in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen interpretiert. Die Grundlage dafür bildet ein überschaubarer, systematischer, regelmäßig aktualisierbarer Satz von statistischen Kennziffern. Gebündelt geben sie als Indikatoren jeweils über ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen bzw. einen zentralen Aspekt von Bildungsqualität Auskunft.

Mit diesem breiten Ansatz wendet sich der Bildungsbericht an Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und an die Praxis im Bildungsbereich. Doch auch der interessierten Öffentlichkeit, der Wissenschaft sowie Lehrenden und Lernenden jeder Art stellt er aktuelle Informationen über Trends im Bildungswesen zur Verfügung. Die folgende Zusammenfassung bietet ein

Resümee der wichtigsten Ergebnisse des Bildungsberichts 2020. Sie werden kompakt und anschaulich für die an bildungspolitischen Fragen interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

- In einem ersten Schritt werden zentrale Befunde entlang der Kapitelstruktur des Gesamtberichts vorgestellt. Den Ausgangspunkt bilden demografische, wirtschaftliche sowie weitere gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Bildung. Anschließend werden bereichsübergreifende Grundinformationen, etwa zu den Bildungsausgaben oder zum Bildungsstand der Bevölkerung, gegeben. Nachfolgend liegt der Fokus auf Trends und Problemlagen, die sich in den einzelnen Bildungsbereichen abzeichnen – von der frühen Bildung bis zur Weiterbildung und den Erträgen von Bildung. In einem gesonderten Schwerpunktkapitel widmet sich der Bildungsbericht 2020 dem Thema „Bildung in einer digitalisierten Welt“, über das an dieser Stelle ebenfalls in einem eigenen Abschnitt informiert wird.
- Aus der Gesamtschau aller Einzelbefunde ergibt sich in einem zweiten Schritt eine Reihe von bereichsübergreifenden Trends und Entwicklungslinien. Die Bildungsberichterstattung ist nicht darauf ausgerichtet, konkrete Handlungsempfehlungen für politische oder pädagogische Maßnahmen abzuleiten. Gleichwohl können und sollen die Befunde dazu beitragen, Handlungsfelder und -bedarfe genauer zu identifizieren.
- In diesem Sinne benennt die Autorengruppe in einem letzten Schritt die zentralen Herausforderungen, die sich aus ihrer Sicht für Bildungspolitik, Bildungsadministration und Bildungspraxis ergeben.

Weiterführende Informationen liefert auch die Homepage www.bildungsbericht.de. Dort sind alle bisher erschienenen Bildungsberichte in Gänze und auch ihre jeweiligen Datengrundlagen in digitaler Form verfügbar.

Die Entwicklung des Bildungswesens ist in gesamtgesellschaftliche Prozesse eingebettet. Wesentliche Rahmenbedingungen bilden die 4 Schlüsselbereiche Demografie, wirtschaftliche Entwicklung, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen: Entwicklungen in diesen Bereichen tangieren das Bildungssystem und machen im Bedarfsfall Anpassungen erforderlich.

Um die Bildungsangebote mittel- und langfristig planen zu können, sind solide Vorausberechnungen zur demografischen Entwicklung der für die jeweiligen Bildungsphasen typischen Altersgruppen von essenzieller Bedeutung. Mit über 83,2 Millionen Personen hat der Bevölkerungsstand in Deutschland 2019 ein historisches Hoch erreicht. Grund dafür waren neben den in den letzten Jahren zunehmenden Geburtenzahlen auch Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland. Beide Faktoren werden in den nächsten Jahren sowohl in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung als auch im Primar- und Sekundarbereich der Schulen zu einer steigenden Nachfrage nach Bildungsangeboten führen.

Diese Nachfrage betrifft das Bundesgebiet jedoch nicht gleichmäßig: Im Vergleich zu ländlichen Regionen gibt es insbesondere in Städten steigende Geburtenzahlen; auch ist in den städtischen Regionen der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund – sowohl der hier Geborenen als auch derer mit Zuwanderungserfahrung – an der Gesamtbevölkerung höher. Daraus ergeben sich regional unterschiedliche Bedarfe, etwa für die Bildungsinfrastruktur sowie für die Anzahl und Qualifikation des pädagogischen Personals.

Die Familie bildet den ersten und zentralen Ort der Sozialisation und der Persönlichkeitsbildung. Daher sind auch die entsprechenden familialen Konstellationen, in denen die Kinder und Jugendlichen leben, von hoher Relevanz. 2018 lebte etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familien, also als Erwachsene mit Kindern unter 18 Jahren in einem Haushalt. Waren Alleinerziehendenfamilien früher noch eher die Ausnahme, werden sie in den letzten Jahren zu einer häufiger anzutreffenden Familienform: Heute lebt in jedem fünften Eltern-Kind-Haushalt nur ein erwachsener Elternteil. Bei Familien mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Paarfamilien deutlich größer als bei Familien ohne Migrationshintergrund.

Neben den Familienkonstellationen ist die Integration der Eltern ins Erwerbsleben von großer Bedeutung, sowohl hinsichtlich der finanziellen Situation der Familie als auch der sozialen Vernetzung. Das ehemals sehr verbreitete „Alleinverdienermodell“ der Familienväter ist

inzwischen nur noch in jeder fünften Familie anzutreffen. Immer häufiger sind Frauen jetzt bei einer Vollzeittätigkeit des Mannes teilzeitbeschäftigt: Dies trifft auf knapp die Hälfte der Familien zu. Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern bestehen jedoch nach wie vor und werden vor allem während und kurz nach der typischen Altersphase für die Familiengründung deutlich: Während der Erwerbsstatus der Väter nur marginal mit dem Alter der Kinder (und somit deren Betreuungsbedarf) zusammenhängt, sind bei den Müttern weiterhin deutliche Unterschiede etwa beim Beschäftigungsumfang zu verzeichnen.

Der Bildungsstand der Eltern hat einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbskonstellationen in den Familien: Der Anteil der Paarfamilien, in denen beide Erwachsene in Vollzeit arbeiten, ist in Familien mit einem hohen bzw. mittleren Bildungsstand beider Partner deutlich höher als in solchen mit einem niedrigen Bildungsstand: Haben beide Erwachsene einen hohen Bildungsstand, gehen diese mit 26 % sogar gut 3-mal häufiger einer Vollzeitbeschäftigung nach als Partner mit niedrigem Bildungsstand.

Die Bildungserfolge der Kinder stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozioökonomischen Situation der Familie, hier beschrieben durch die Risiken eines niedrigen Bildungsstands der Eltern, der elterlichen Erwerbslosigkeit und durch die Armutsgefährdung des Haushalts. 2018 war fast jede bzw. jeder dritte Minderjährige von mindestens einer dieser 3 Risikolagen betroffen.

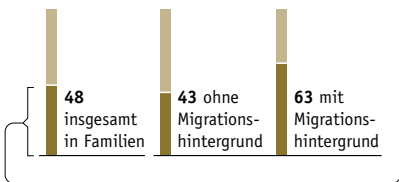
Der Anteil der Kinder, die mit mindestens einem dieser Risiken aufwachsen, verringert sich nur sehr langsam und betrifft einige Bevölkerungsgruppen ganz besonders: vor allem die Alleinerziehendenfamilien und die Familien mit Migrationshintergrund. Während in Paarfamilien rund ein Viertel der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen ist, ist der entsprechende Anteil bei Kindern Alleinerziehender mehr als doppelt so hoch. Hier sticht der Anteil der Kinder, die in armutsgefährdeten Familien aufwachsen, besonders hervor. Auch lebt jedes vierte Kind mit Migrationshintergrund in einer Familie, in der die Erwachsenen einen niedrigen Bildungsstand haben. Das heißt, dass sie weder eine Hochschulzugangsberechtigung noch eine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen können – das sind 5-mal mehr als in Familien ohne Migrationshintergrund.

Im Überblick



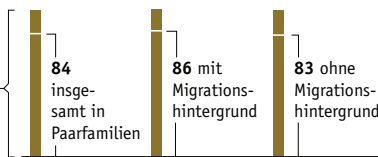
2018 leben in Deutschland 48% der Bevölkerung in Familien

Familien mit unter 18-jährigen Kindern in %

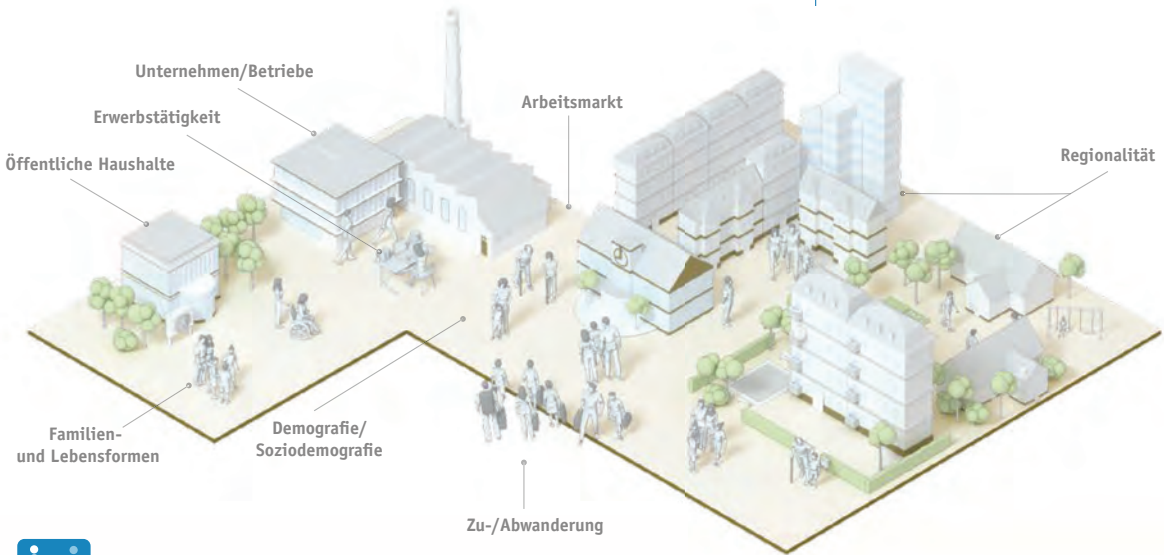
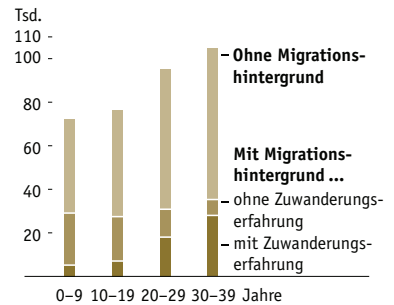


Die Bevölkerung in Familien lebt zu 84% in Paarfamilien und zu 16% in Alleinerziehendenfamilien

Anteil der Paarfamilien an allen Familien (2 Erwachsene + X Kinder) in %

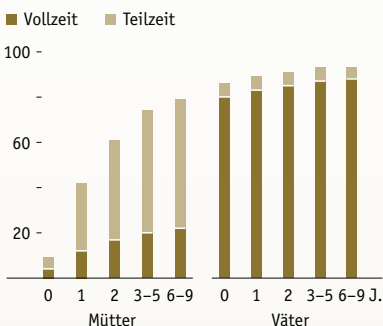


Hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den unteren Altersjährgängen, die meisten davon in Deutschland geboren



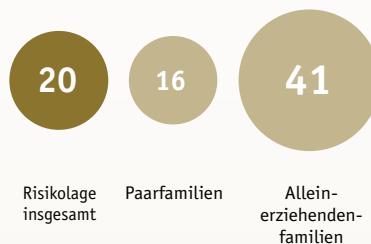
Erwerbstätigkeit der Mütter hängt eng mit dem Alter des jüngsten Kindes zusammen

Anteil Erwerbstätiger nach Alter des jüngsten Kindes in %



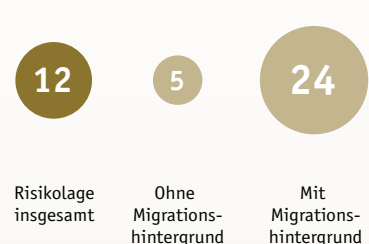
Kinder in Alleinerziehendenfamilien besonders häufig von Armut bedroht

Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze in % der unter 18-Jährigen



Kinder in Familien mit Migrationshintergrund leben weiterhin deutlich häufiger in formal gering qualifizierten Elternhäusern

Bildungsstand der Eltern unter ISCED 3 in % der unter 18-Jährigen



Die Jahre seit 2008 waren von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen geprägt, die sich auf alle Bildungsbereiche ausgewirkt haben: die wieder steigende Geburtenrate, Zuzüge aus dem Ausland, eine zunehmende Inanspruchnahme von Kinderbetreuung sowie ein Trend zur Höherqualifizierung und zu lebenslangem Lernen. Das lässt sich gut an der Zahl der Bildungsteilnehmenden verdeutlichen: In den vergangenen Jahren haben immer mehr Familien für ihre Kinder die Betreuungsangebote in der frühen Bildung genutzt und immer mehr Kinder die Grundschule besucht. Dieser Anstieg wird sich zukünftig auch in den weiterführenden Schulen fortsetzen. Der Trend zur Höherqualifizierung macht sich zwar in erster Linie dadurch bemerkbar, dass mehr Menschen an den Hochschulen studieren. Darüber hinaus führt er aber auch zu einem längeren Verbleib in den Schulen, da mehr Jugendliche die Hochschulreife anstreben.

Ein hochwertiges Bildungsangebot braucht ausreichend und gut qualifiziertes Personal. Da der Bedarf auch von der Anzahl der Bildungsteilnehmenden abhängt, ist die Anzahl der Beschäftigten zwischen 2008 und 2018 insbesondere in der Kindertagesbetreuung (+63 %) und an den Hochschulen (+37 %) erheblich gestiegen. Auch zukünftig wird der Bedarf – nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklungen – noch wachsen. Das gilt vor allem für die Schulen, bei denen sich die Situation durch die Altersstruktur des pädagogischen Personals verschärft. Trotz deutlicher Verjüngung seit 2008 wird der weiterhin große Anteil an über 50-Jährigen, insbesondere in den östlichen Flächenländern, zu einem besonders hohen Bedarf führen.

Bildungspersonal ist nicht nur in der frühen Bildung, an Schulen und Hochschulen tätig. Auch darüber hinaus sind 578.000 Personen in einem pädagogischen Beruf beschäftigt – davon allein ca. 167.000 im Bereich des sonstigen Unterrichts (z. B. an Volkshochschulen). Die Zahl der Beschäftigten in pädagogischen Berufen außerhalb von früher Bildung, Schulen und Hochschulen ist im Vergleich zu 2014 um 12 % gestiegen. Damit ist die Anzahl stärker gewachsen als insgesamt innerhalb und außerhalb der frühen Bildung, Schulen und Hochschulen (9 %). Allerdings fällt auch in dieser Gruppe der Anteil der über 50-Jährigen mit 43 % sehr hoch aus.

Die Möglichkeiten, Bildungseinrichtungen auszugestalten, werden in großem Maße von der Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst, die nach wie vor überwiegend der öffentliche Bereich finanziert. Im internationalen Vergleich sind die Bildungsausgaben in Deutschland 2016 gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

niedriger als im OECD- und EU-Durchschnitt, während die durchschnittlichen Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer über dem OECD- und EU-Durchschnitt liegen. Aufgrund der wieder gestiegenen Geburtenzahlen, der wachsenden Nachfrage und des fortschreitenden Ausbaus von Ganztagsbetreuungsplätzen im Elementar- und Primarbereich ist auch zukünftig mit einem steigenden Finanzbedarf zu rechnen.

Der langfristige Trend zur Höherqualifizierung macht sich auch am Bildungsstand der Bevölkerung bemerkbar: Junge Menschen verfügen häufiger über eine Hochschulreife und einen Hochschulabschluss als die ältere Generation. Zugleich verändert sich der Anteil von Menschen ohne beruflichen Abschluss nur geringfügig. Außerdem zeigen sich große Unterschiede bei Menschen mit Migrationshintergrund je nach Zuzugsalter und Herkunftsregion. So haben Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, durchschnittlich seltener einen Hochschul- oder einen beruflichen Abschluss als Menschen ohne Migrationshintergrund. Hier spiegelt sich auch wider, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund häufiger in sozialen, finanziellen oder bildungsbezogenen Risikolagen aufwachsen. Unter denjenigen, die nach dem typischen Alter für die allgemeinbildende Schulbildung zugezogen sind (ab 19 Jahren), finden sich hingegen sowohl ein hoher Anteil von Menschen ohne beruflichen Abschluss als auch ein hoher Anteil von Menschen mit Hochschulabschluss.

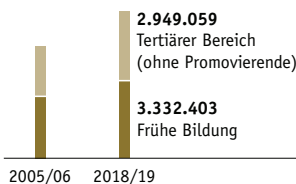
Sowohl in ländlichen, dünn besiedelten als auch in eher strukturstärkeren Landkreisen mit jüngerer Bevölkerung nimmt die durchschnittliche Zahl der Grundschul-kinder seit 2008 stärker ab als die Zahl der Grundschulen. Das hängt vermutlich mit den Bemühungen zusammen, eine wohnortnahe Schulversorgung zu gewährleisten. Im gleichen Zeitraum wurden in den eher struktur-schwächeren Landkreisen, die überwiegend in den östlichen Flächenländern liegen, zahlreiche berufliche Schulen (-41 %) und Grundschulen (-6 %) geschlossen, während die Anzahl der Grundschul-kinder wieder steigt. So bestehen regional unterschiedliche Herausforderungen, das Bildungsangebot auch künftig an die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort anzupassen.

Im Überblick



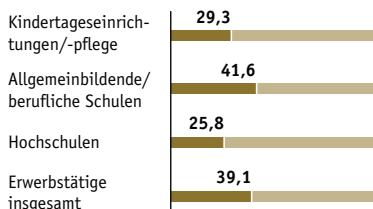
Weiter steigende Bildungsbeteiligung, die sich auch mittelfristig weiter fortsetzen wird

Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer



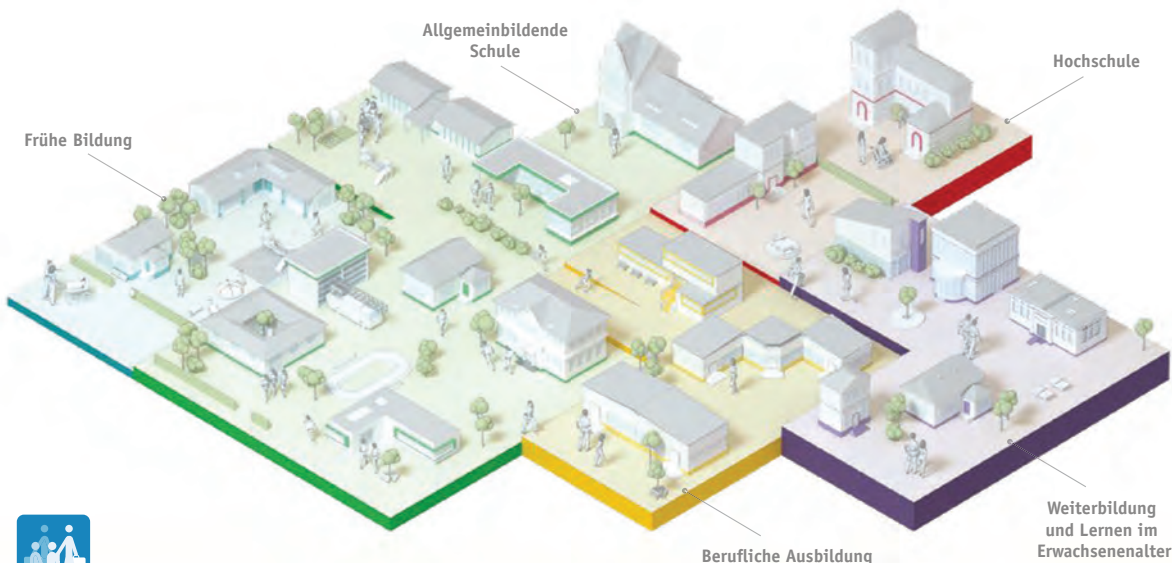
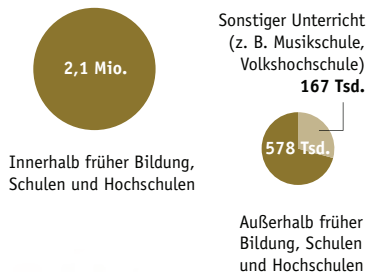
Trotz Zunahme des Bildungspersonals bleiben Mehr- und Ersatzbedarfe bestehen

Anteil des Personals im Alter von 50 Jahren und älter in %



Auch außerhalb früherer Bildung, Schulen und Hochschulen umfangreiches Bildungspersonal

Verteilung Bildungspersonal nach Wirtschaftszweigen



Große Unterschiede im Bildungsstand von erwachsenen Menschen mit Migrationshintergrund je nach Zuzugsalter und Herkunftsregion

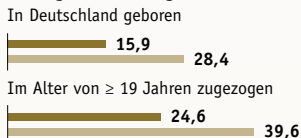
Anteil Erwachsener in % 2018

- Mit Hochschulabschluss
- Ohne Berufsabschluss

Ohne Migrationshintergrund

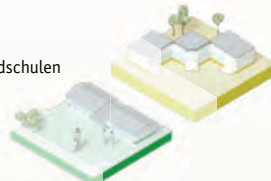


Mit Migrationshintergrund



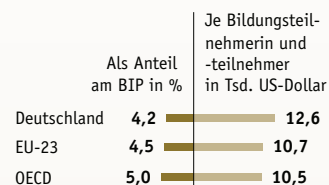
Regional unterschiedliche Herausforderungen, auch zukünftig ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu gewährleisten

Rückgang der Bildungseinrichtungen in überwiegend ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten von 2008 bis 2018 in %



Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer über OECD-Durchschnitt, Bildungsausgaben gemessen am BIP unter OECD-Durchschnitt

Ausgaben für Bildungseinrichtungen vom Primar- bis Tertiärbereich 2016



Obwohl der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Deutschland weiter anhält, wird ein Großteil der unter 2-Jährigen immer noch ausschließlich zu Hause betreut. Diese Form der Betreuung in der Familie ist in Westdeutschland nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Dennoch steigt die öffentliche Verantwortung für frühe Bildung, Betreuung und Erziehung auch in Westdeutschland: Inzwischen nehmen dort rund ein Drittel der 1-Jährigen und mehr als die Hälfte der 2-Jährigen ein institutionalisiertes Bildungsangebot in Anspruch. Deutschlandweit befindet sich somit eine deutliche Mehrheit der Kinder ab dem vollendeten 2. Lebensjahr in Angeboten der frühen Bildung. Diese Entwicklung ist nicht nur auf einen Einstellungswandel, insbesondere in Westdeutschland, zurückzuführen, sondern auch auf Veränderungen im Alltag der Familien. Denn die Bildung und Betreuung der Kinder muss immer stärker mit den Berufsanforderungen der Eltern in Einklang gebracht werden.

Aktuell nehmen rund 3,3 Millionen Kinder eine Kindertagesbetreuung in Anspruch. Dies sind 670.000 Kinder mehr als noch 2006. Damals besuchten rund 2,6 Millionen Kinder vor dem Schuleintritt eine Kita oder Tagespflege. Außerdem zeigt sich ein seit Jahren steigendes Interesse der Eltern an öffentlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten für ihre unter 3-jährigen Kinder. 49 % der Mütter und Väter wünschen sich ein entsprechendes Angebot. Aktuell liegt die Bildungsbeteiligungsquote unter 3-Jähriger in der Kindertagesbetreuung aber nur bei 34 %. Insgesamt ist bis 2025 für unter 3-Jährige von einem zusätzlichen Platzbedarf auszugehen – in Westdeutschland zudem auch in der Altersgruppe der Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt.

Der starke Ausbau des vorhandenen Angebots führte in allen Ländern – mit Ausnahme von Berlin – zu einer Zunahme an größeren Einrichtungen mit mehr als 100 Kindern. Auch in der Tagespflege hat sich der Anteil an Tagespflegepersonen, die 5 und mehr Kinder betreuen, bundesweit erhöht. Dieser ist zwischen 2006 und 2019 von 8 auf 39 % an der gesamten Tagespflege gestiegen.

Die kontinuierlich steigende Nachfrage nach frühen institutionellen Bildungsangeboten erhöht auch in Zukunft den Fachkräftebedarf. Insgesamt werden bis 2025 trotz der starken Ausbildungsbemühungen voraussichtlich über 50.000 zusätzliche Fachkräfte in Westdeutschland benötigt. Bis 2030 wird der Personalbedarf jedoch sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland mit den sich heute abzeichnenden Ausbildungskapazitäten gedeckt sein.

Derzeit gestaltet sich die personelle Ausstattung regional noch sehr unterschiedlich: So bewegt sich der Personalschlüssel in Gruppen für Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt in den Ländern aktuell in einer Spanne von 1:7 bis 1:12. Dabei haben sich die Betreuungsverhältnisse in den letzten Jahren insgesamt leicht verbessert. Einige Länder planen zudem, zusätzliche finanzielle Mittel im Rahmen des „Gute-KiTa-Gesetzes“ zur (weiteren) Verbesserung ihrer Personalschlüssel zu verwenden.

Bis heute sind überwiegend ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen tätig (69 %). Ihr Anteil am pädagogischen Personal ist in den letzten 10 Jahren stabil geblieben; ein Rückgang des Anteils fachlich-einschlägig qualifizierter Personen in den Angeboten früher Bildung, Betreuung und Erziehung ist vorerst nicht erkennbar. Nicht gelungen ist es jedoch, die an Hochschulen ausgebildeten Kindheitspädagoginnen und -pädagogen im Kita-Personal angemessen zu etablieren. Der Anteil akademisch qualifizierter Fachkräfte verbleibt ungeachtet des wachsenden Anforderungsprofils in der frühen Bildung und des Ausbaus früh- bzw. kindheitspädagogischer Bachelorstudiengänge mit 6 % auf einem geringen Niveau. Zudem bestehen weiterhin deutliche Länderunterschiede bei den Beschäftigten mit berufsfachschulischen Ausbildungen zur Kinderpflege oder Sozialassistenten.

Neben diesen strukturellen Herausforderungen, die das Angebots- und Ausbildungssystem der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung betreffen, werden Fachkräfte auch mit immer höheren pädagogischen Anforderungen konfrontiert: So nimmt die Heterogenität in Kindertageseinrichtungen, vor allem in Bezug auf die Familiensprache der Kinder, weiter zu. Das stellt an die Kita-Landschaft erhöhte Anforderungen, da der Erwerb der deutschen Sprache möglichst früh in der Kindheit erfolgen sollte. Im Bundesdurchschnitt sprachen 2019 22 % der 3- bis unter 6-jährigen Kita-Kinder zu Hause vorrangig nicht Deutsch; zumindest für diese Kinder ist die Kindertagesbetreuung der Schlüssel zum Erwerb der deutschen Sprache. Die Sprachförderung sowie Diagnostik ist von länderspezifischen Regelungen geprägt, die eine Vergleichbarkeit bzw. eine Ausweisung von Gesamtwerten für Deutschland nicht ermöglichen. Wenn von Tageseinrichtungen erwartet wird, die Kinder in sprachlicher Hinsicht so auf die Schule vorzubereiten, dass sie dem Unterricht in der Grundschule von Anfang an folgen können, dann muss den Rahmenbedingungen von Sprachfördermaßnahmen weiterhin höchste Aufmerksamkeit zukommen.

Im Überblick



Großteil der 1- und 2-Jährigen in Westdeutschland nach wie vor in der Familie betreut

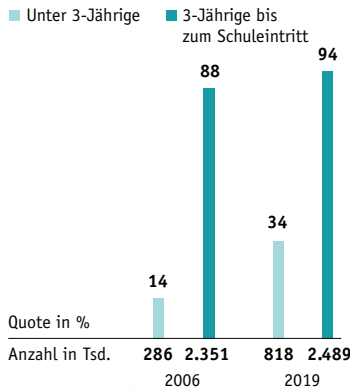
- Familiäre Betreuung in %
- Kindertagesbetreuung in %

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
1-Jährige	69	31	34	66
2-Jährige	42	58	15	85



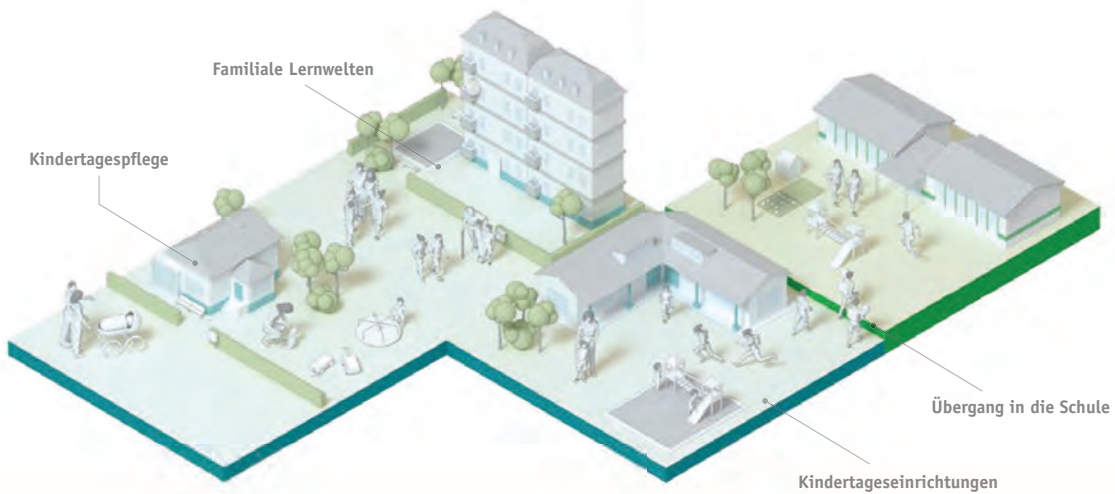
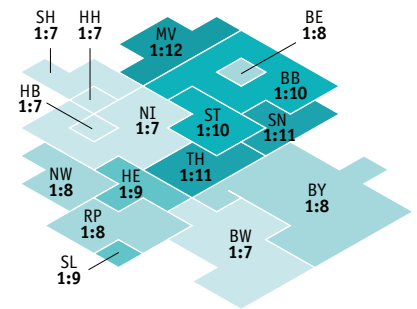
Über 670.000 Kinder mehr in Kindertagesbetreuung

Bildungsbeteiligungsquote und Anzahl



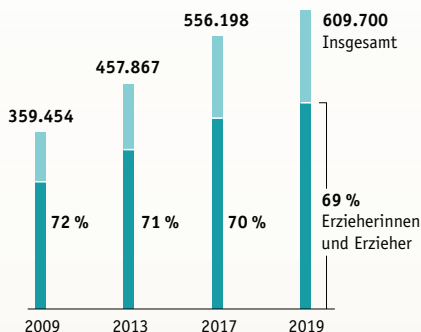
Weiterhin Länderdifferenzen bei Personalschlüsseln

Personalschlüssel in Kita-Gruppen (3-Jährige bis zum Schuleintritt) 2019



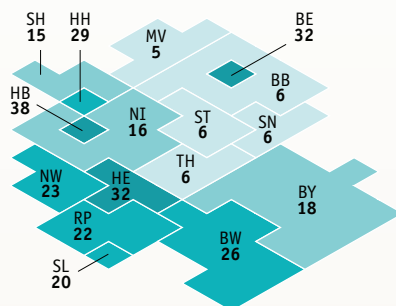
Expansion des pädagogischen Kita-Personals setzt sich fort – Erzieherinnen und Erzieher nach wie vor die größte Gruppe

Pädagogisches Personal insgesamt, davon Anteil Erzieherinnen und Erzieher in %



Im Schnitt kommt jedes fünfte Kind erst in der Kita verstärkt mit der deutschen Sprache in Berührung

Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache an allen 3- bis unter 6-Jährigen in Kitas in % 2018



In diesem Jahrhundert war die Entwicklung des Schulwesens in Deutschland vor allem durch 2 Trends geprägt: Zum einen gab es bei den Schulangeboten strukturelle Anpassungen. Sie führten vielerorts dazu, dass die bisherige Vielfalt an parallel angebotenen Schularten reduziert wurde. Zum anderen war bei der Schulwahl eine stetige Verschiebung in Richtung höher qualifizierender Schularten und -abschlüsse zu beobachten. Beide Entwicklungen haben sich zuletzt nicht weiter fortgesetzt.

Bemerkenswert ist daran vor allem, dass der über viele Jahre anhaltende Trend zu höherer Bildung an einer Grenze angelangt scheint. Neben stagnierenden, in einigen Ländern sogar rückläufigen Übergangsquoten auf das Gymnasium deuten auch sinkende Absolventenquoten mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife darauf hin. Hinzu kommt, dass seit 2013 Jahr für Jahr wieder mehr Jugendliche die Schule ohne einen (Haupt-)Schulabschluss verlassen. Seit dem Tiefststand im Jahr 2013 hat sich die entsprechende Abgangsquote wieder von 5,7 auf 6,8 % stetig erhöht. Bei einem wachsenden Teil der Schülerschaft gelingt es also nicht, ein Mindestniveau im Erwerb von Basiskompetenzen und Abschlusszertifikaten sicherzustellen.

Die Konsolidierung der Schulstrukturen und der damit verbundenen Schülerverteilung deutet darauf hin, dass den Schüler- bzw. Elternwünschen nach mehr Flexibilität bei Bildungsentscheidungen weitgehend Rechnung getragen ist. Bildungswege werden heutzutage nach der Grundschule weniger vorbestimmt als früher, Entscheidungen über Abschlüsse können auch später getroffen werden. Jedoch gibt es weiterhin erhebliche soziale Ungleichheiten bei den Übergängen auf die unterschiedlichen Schularten. Zwar zeigen neue Längsschnittdaten, dass Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Elternhäusern häufiger als andere noch einmal die Schulart oder den Bildungsgang wechseln – und zwar überdurchschnittlich oft, um einen höheren Abschluss zu erreichen. Die anfänglichen Unterschiede werden damit aber kaum ausgeglichen.

Auch bei den Schülerleistungen starten sozial benachteiligte Kinder unter deutlich schlechteren Ausgangsbedingungen in den Sekundarbereich I. Zwar haben sie anschließend oft überdurchschnittliche Kompetenzfortschritte. Allerdings erreichen sie dabei nicht das Leistungsniveau der Gleichaltrigen der oberen Herkunftsgruppen. Gleichwohl nimmt die soziale Ungleichheit im Verlauf des Sekundarbereichs I eher ab als zu.

Strukturelle Veränderungen im Schulwesen haben auch in zeitlicher Hinsicht zu mehr Wahlmöglichkeiten geführt. Das betrifft unter anderem die Schuleingangsphasen, die viele Bundesländer eingeführt haben. Jahrgangübergreifendes Lernen ermöglicht Kindern hier einen flexiblen Einstieg und eine flexible Verbleibsdauer. Verändert hat sich außerdem, dass Familien aufgrund des anhaltenden Auf- und Ausbaus ganztägiger Bildung und Betreuung unterschiedliche Angebote nutzen können. Zudem gibt es mit Blick auf die Länge der Schullaufbahn unterschiedliche Optionen, etwa das Abitur nach 8 bzw. 9 Jahren oder an beruflichen Schulen zu machen.

Auch die zeitliche Organisation von Aktivitäten inner- und außerhalb der Schule erweitert sich – nicht nur mit der Ganztagsbetreuung, sondern auch mit Blick auf die Vielfalt außerschulischer Bildungsaktivitäten. Zwei Drittel aller Jugendlichen sind z. B. in einem Verein aktiv, jede bzw. jeder Fünfte engagiert sich dort ehrenamtlich. Darüber hinaus absolvieren immer mehr junge Menschen nach der Schulzeit einen Freiwilligendienst.

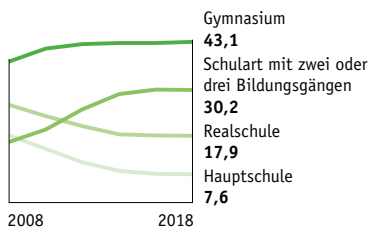
Die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualität im Schulwesen steht und fällt mit dem pädagogischen Personal. Aktuelle Prognosen zufolge scheint der mittelfristige Lehrkräftebedarf für Deutschland rechnerisch weitgehend gedeckt. Bei der Suche nach qualifiziertem Lehrpersonal geraten Länder und Schulen aber zunehmend in Konkurrenz. In einigen Ländern hat zuletzt mehr als ein Viertel aller Neueinstellungen in den Schuldienst keine grundständige Lehramtsausbildung absolviert. Bundesweit hat sich dieser Anteil seit 2012 auf 13 % aller neu eingestellten Lehrkräfte vervierfacht. Hinzu kommen Beschäftigte mit Lehramtsqualifikation, die aber fachfremd eingesetzt werden. Dass die von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern oder fachfremd unterrichteten Klassen im Sekundarbereich I auch größtenteils schlechtere Schülerleistungen erreichen, lässt sich in erster Linie mit der Zusammensetzung der Schülerschaft erklären. Denn diese Lehrkräfte werden vor allem in jenen Schularten und -klassen eingesetzt, in denen es mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, niedrigem sozioökonomischem Status und geringen kognitiven Grundfähigkeiten gibt.

Im Überblick



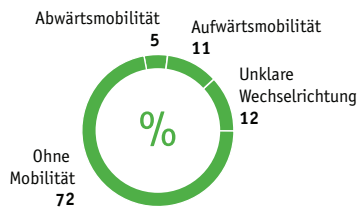
Konsolidierung der Schulangebote und des Schulbesuchs

Übergangsquoten an weiterführende Schularten in %



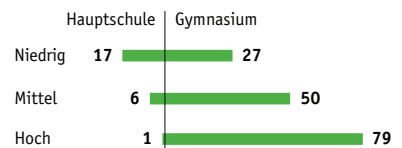
Weitere Flexibilisierung der Schullaufbahnen

Wechselverhalten im und nach dem Sekundarbereich I in %

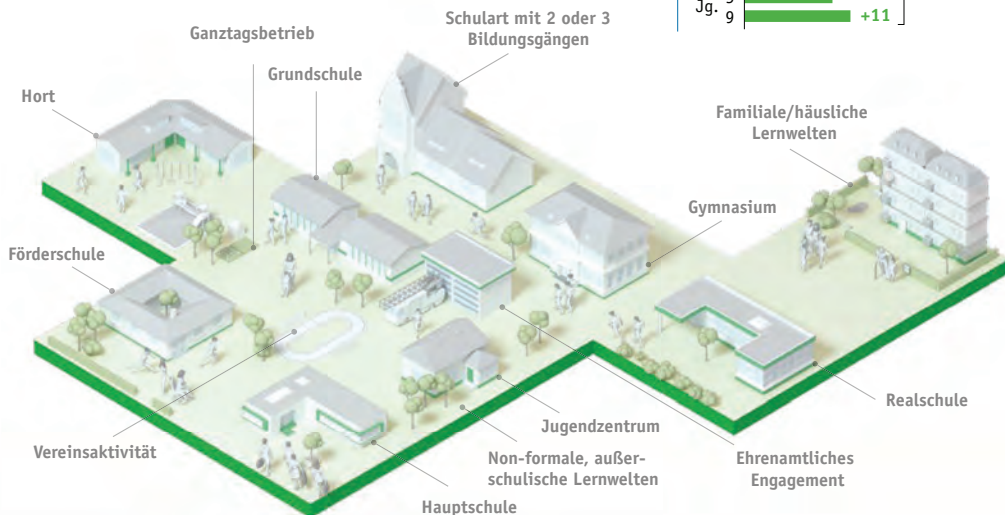
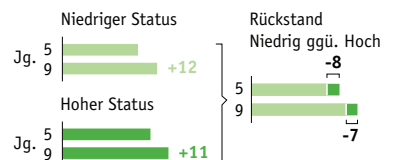


Anhaltende soziale Disparitäten, die im Sekundarbereich I jedoch nicht größer werden

Schülerverteilung in Jahrgangsstufe 5 nach sozioökonomischem Status in %

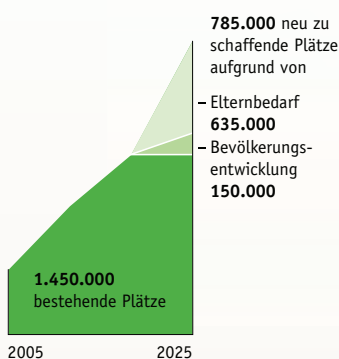


Kompetenzzuwachs im Lesen von Jg. 5 zu 9 nach sozioökonomischem Status in Kompetenzpunkten (gerundet)



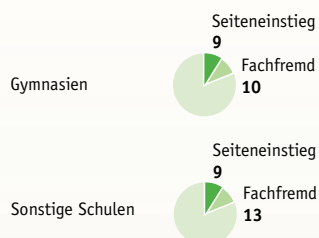
Weiterer Ausbau der Ganztagsangebote im Grundschulalter notwendig

Grundschul Kinder in Ganztagsbetreuung seit 2005 sowie zu schaffende Plätze bis 2025



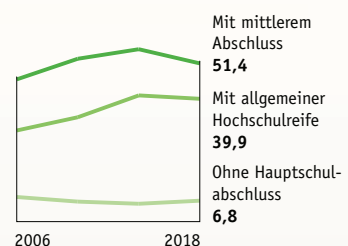
Viele Seiteneinstiege und fachfremd unterrichtende Lehrkräfte

Mathematiklehrkräfte ohne Lehramtsausbildung oder mit fachfremdem Unterricht im Sekundarbereich I 2018 in %



Nach langjährigem Trend zu höherer Bildung zuletzt Stagnation

Abgangs-/Abschlussquoten allgemeinbildender und beruflicher Schulen nach Abschlussarten in % der gleichaltrigen Bevölkerung



Die berufliche Bildung steht weiterhin vor 2 wesentlichen Herausforderungen: zum einen die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben durch Bildung und Qualifizierung zu ermöglichen, zum anderen genug qualifizierte Fachkräfte für die Wirtschaft auszubilden.

Das Berufsbildungssystem weist für die letzten 5 Jahre eine hohe Konstanz in der Verteilung der Neuzugänge auf die folgenden 3 Sektoren auf. Die Anfängerzahlen im dualen und Schulberufssystem sind leicht gestiegen. Die Zahl der jungen Menschen im Übergangssektor ist dagegen gesunken.

Trotz dieser stabilen Entwicklung bleibt die Situation im dualen System angespannt. Das liegt vor allem an anhaltenden Passungsproblemen: Obwohl es freie Ausbildungsplätze gibt, bleibt ein Teil der Jugendlichen ohne Lehrstelle. Besonders stark sind in den letzten 11 Jahren die berufsfachlichen Passungsprobleme gestiegen (von 7 auf 33 %). Hier stimmen Berufsangebot und Berufsinteresse der Jugendlichen nicht überein. Am häufigsten (43 %) sind es aber eigenschafts- bzw. verhaltensbezogene Passungsprobleme, die eine erfolgreiche Vermittlung in eine Ausbildung verhindern. Bei dieser Art von Passungsproblem stimmen die Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen und die Anforderungen der Betriebe nicht überein. Oder die Erwartungen der Jugendlichen passen nicht zu den vorgefundenen Gegebenheiten in den Betrieben. Auffällig sind zudem mit 24 % die regionalen Passungsprobleme.

Obgleich sich der Zugang zum dualen und Schulberufssystem insgesamt seit 2005 leicht verbessert hat, bleiben die sozialen Disparitäten bestehen: Lediglich ein Viertel der Jugendlichen ohne Schulabschluss und knapp drei Fünftel der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss haben im Jahr 2018 eine vollqualifizierende Ausbildung begonnen. Anhaltende Schwierigkeiten im Ausbildungszugang sind zudem für ausländische Personen zu erkennen; ihnen gelingt auch bei gleichem Abschluss seltener der Start in eine vollqualifizierende Ausbildung.

Diese Unterschiede spiegeln sich in stark ausdifferenzierten Übergangswegen in eine berufliche Ausbildung von Schulabgängerinnen und -abgängern, die maximal einen mittleren Schulabschluss haben, wider. So gelingt Jugendlichen mit maximal einfachem Hauptschulabschluss sowie mit Migrationshintergrund u. a. auch bei gleichem sozioökonomischem Status und gleicher Abschlussnote seltener ein stabiler Übergang in eine duale und vollzeitschulische Ausbildung. Für sie stellt sich der Übergangsprozess oft schwierig dar; sie erleben wiederholte

Schleifen im Übergangssektor oder fragmentierte Verläufe mit häufigen Wechseln zwischen Bildungs-, Erwerbs- und Arbeitslosigkeitsphasen.

Zwischen 2005 und 2018 ist die Zahl der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen zurückgegangen. Zwar gibt es auch Berufsbereiche, in denen die Absolventenzahl gestiegen ist. Dennoch bleibt die dringende Frage, wie der Bedarf an Fachkräften, z. B. bei den Gesundheits- und Erziehungsberufen oder den IT-Fachkräften, gedeckt werden kann.

Die große Bedeutung eines Ausbildungsabschlusses wird beim Übergang in den Arbeitsmarkt deutlich: Personen mit einem dualen oder vollzeitschulischen Ausbildungsabschluss sind erheblich besser im Arbeitsmarkt integriert als Personen ohne Ausbildungsabschluss. Nur ein geringer Anteil der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen übt eine Tätigkeit unterhalb ihres formalen Bildungsabschlusses aus.

Die Befunde weisen auf einen nach wie vor bestehenden Handlungsbedarf für die berufliche Ausbildung im Hinblick auf Fachkräftesicherung und soziale Integration hin. Nötig ist ein stärker koordiniertes Handeln der bildungspolitischen Akteure. Um die sozialen Disparitäten aufzubrechen, müssen vor allem die Förder-, Entwicklungs- und Beratungsangebote geprüft werden, die der Ausbildung vorgelagert sind. Sie sollten überarbeitet und ggf. weiterentwickelt werden. Soll der Fachkräftebedarf langfristig gedeckt werden, müssen zudem mehr Betriebe darüber nachdenken, auch Jugendlichen ohne oder mit niedrigem Bildungsabschluss die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben. Hierfür wäre zu prüfen, ob es nicht sinnvoll ist, zusätzlich stärker pädagogisierte Lernorte und -angebote in die Ausbildung zu integrieren, um die Betriebe in der Förderung der genannten benachteiligten Gruppen zu unterstützen.

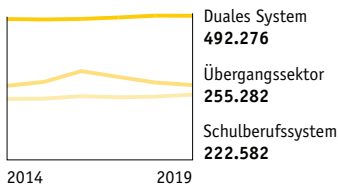
Der durch die Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel stellt die berufliche Ausbildung vor die Aufgabe, neben berufsfachlichen nun verstärkt digitale und Problemlösekompetenzen sowie ein umfassendes Prozess- und Systemverständnis bei den Auszubildenden zu fördern. Auch überfachliche Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten sowie Lernkompetenzen gewinnen an Bedeutung. Um diese Kompetenzen effektiv zu vermitteln, stellen sich nicht nur curriculare und didaktische Herausforderungen. Zugleich sind damit auch Fragen einer verbesserten Lernortkooperation und einer stärkeren Verknüpfung von Aus- und Fortbildung adressiert.

Im Überblick



Stabile Anfängerzahlen im dualen und Schulberufssystem, rückläufige im Übergangssektor

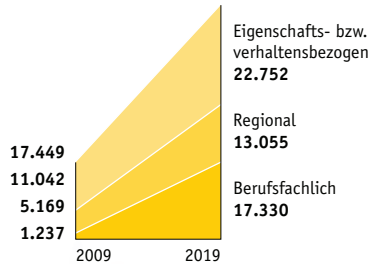
Anfänger nach Sektoren der Berufsausbildung



Anhaltende Passungsprobleme auf dem dualen Ausbildungsmarkt

Anzahl pro Jahr

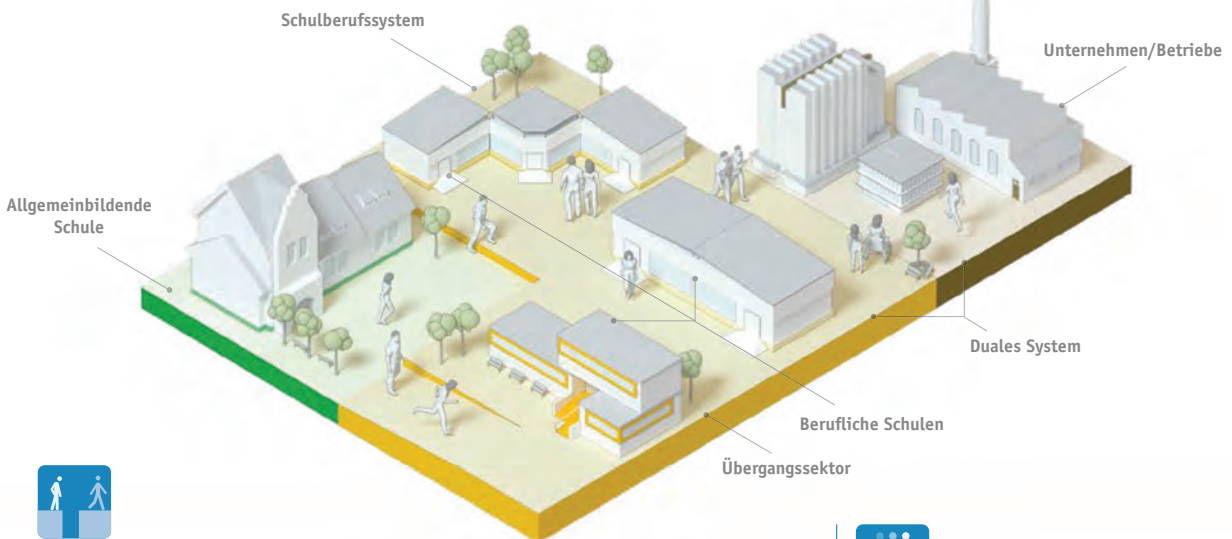
Passungsprobleme insgesamt
53.137



Disparitäten beim Ausbildungszugang nach Staatsangehörigkeit und Schulabschluss

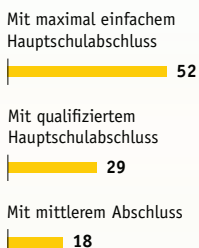
Anteil in vollqualifizierender Ausbildung in %

Kategorie	Ausländerinnen und Ausländer (%)	Deutsche (%)
Insgesamt	50,8	77,8
Ohne Hauptschulabschluss	24,2	36,2
Mit Hauptschulabschluss	47,6	60,6
Mit mittlerem Abschluss	82,3	87,8
Mit (Fach-)Hochschulreife	91,8	97,7



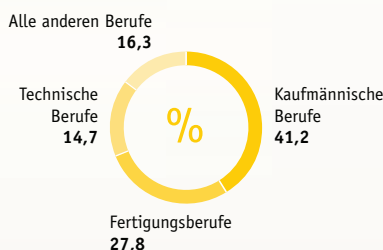
Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss häufiger mit langwierigen Übergangswegen

Wahrscheinlichkeit Jugendlicher in schwierigen Übergangsverläufen nach Schulabschlussniveau in %



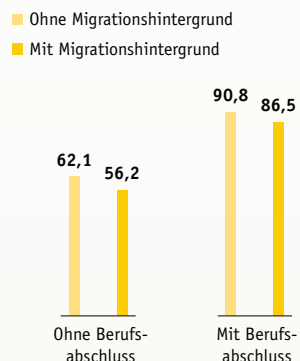
Fortbildungsabschlüsse vor allem in kaufmännischen, technischen und Fertigungsberufen

Verteilung der Fortbildungsabsolventen auf die verschiedenen Berufsbereiche in 2018 in %



Personen ohne Berufsabschluss und Migranten seltener erwerbstätig

Erwerbstätigkeit in % im Jahr 2018



Die Hochschulen haben in den letzten Jahren einen größer gewordenen Teil der Fachkräfteausbildung in Deutschland übernommen. Das belegt die seit einigen Jahren bei über 45 % liegende inländische Studienanfängerquote. Dabei zeigen sich gut erkennbar Bezüge zwischen der beruflichen und der hochschulischen Bildung. So nutzen junge Menschen das duale Studium. Außerdem kommen Studierende mit Berufsausbildung an die Hochschulen, die teilweise keine schulische Studienberechtigung wie das klassische Abitur haben. Verbindungen zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung zeigen sich zudem darin, dass die Zahl der berufsbegleitenden, weiterbildenden oder Zertifikatsstudiengänge langsam steigt.

Insgesamt ist die Hochschullandschaft vielfältiger geworden. Neben den Universitäten und Fachhochschulen mit einem breiten Fächerspektrum gibt es inzwischen viele kleinere und spezialisierte Hochschulen, von denen sich einige sehr gezielt an beruflich Qualifizierte richten. Gerade Hochschulen in privater Trägerschaft spielen dabei eine wesentliche Rolle, insbesondere bei den Fachhochschulen. Viele private Hochschulen haben sich auf wenige Fächer spezialisiert, vor allem auf die Wirtschafts- und Gesundheitswissenschaften, aber auch auf die Psychologie.

Die hohe Studiennachfrage hat sich bisher, anders als vor einigen Jahren erwartet, nicht abgeschwächt. Sie wird nach verschiedenen Vorausberechnungen bis 2030 auf dem heutigen Niveau bleiben. Seit 2010 beläuft sich die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger jährlich auf etwa 500.000, davon rund 400.000 inländische Studienanfängerinnen und -anfänger. 43 % der Studienanfängerinnen und -anfänger entscheiden sich heute für ein Studium an einer Fachhochschule. Die Diversität der Studierenden zeigt sich etwa in der deutlichen Altersspanne zu Studienbeginn oder in den unterschiedlichen Bildungsverläufen vor dem Studium. Studierende ohne schulische Studienberechtigung bilden allerdings nach wie vor eine sehr kleine Gruppe, die vielfach berufsbegleitende und Fernstudiengänge wählt.

Die Chancen auf ein Hochschulstudium sind, wie frühere Bildungsberichte bereits betont haben, vom Elternhaus geprägt. Kinder aus Akademikerfamilien haben eine höhere Hochschulbeteiligung. Außerdem nehmen sie auch bei eher schwachen Schulleistungen häufiger ein Studium auf als Kinder aus Nichtakademikerfamilien. Unterdurchschnittlich an den Hochschulen vertreten sind auch Menschen mit Migrationshintergrund. Dies liegt vor

allem daran, dass sie seltener eine Hochschulreife erwerben. Haben sie jedoch den entsprechenden Abschluss, sind ihre Bildungsaspirationen ausgesprochen hoch.

Die große Zahl ausländischer Studierender zeigt die Internationalisierung der Hochschulen. Internationale Studierende absolvieren zu etwa gleichen Teilen einen Gastaufenthalt, beginnen ein Bachelorstudium oder schreiben sich in ein weiterführendes Master- oder Promotionsstudium ein. Über alle Studierenden hinweg liegt der Anteil internationaler Studierender bei 10,5 %; sie erwerben einen beträchtlichen Teil der Masterabschlüsse und Promotionen (jeweils etwa 18 %).

Das Studium verläuft nicht in allen Fällen in den vorgesehenen und erwarteten Bahnen. Das zeigen der Fachwechsel und der anhaltend hohe Studienabbruch. Auch wird das Ziel nur teilweise erreicht, mit der gestuften Studienstruktur die Studienzeiten zu verkürzen. Der Bachelor als erster Abschluss wird in weniger als 8 Semestern zwar relativ schnell erreicht. Vor allem an den Universitäten zeigt sich jedoch eine Tendenz, das Bachelorstudium deutlich über die Regelstudienzeit von 6 Semestern hinaus zu verlängern. Hinzu kommt: An den Universitäten schließen etwa 90 % der Bachelorabsolventinnen und -absolventen ein Masterstudium an. Die Gesamtdauer entspricht deshalb in etwa der Studiendauer in den früheren Diplom- und Magisterstudiengängen.

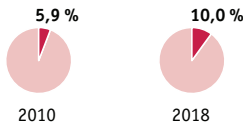
Im Zuge der allgemein hohen Arbeitskräftenachfrage haben Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach wie vor sehr gute Arbeitsmarktchancen. Ihre Arbeitslosenquote ist, nicht nur in Deutschland, sehr gering und die Erwerbsbeteiligung über die gesamte Erwerbspanne hoch. Die Abschlüsse Bachelor und Master sind inzwischen fest etabliert und führen größtenteils in eine Berufstätigkeit, für die ein Hochschulabschluss erforderlich ist. Der Ausbau der Hochschulbildung hat nach diesen Arbeitsmarktindikatoren bislang nicht zu einer Entwertung von Hochschulabschlüssen geführt. Für die relativ kleine Gruppe der Absolventinnen und Absolventen mit einem universitären Bachelorabschluss gilt: Ohne anschließendes Masterstudium sind sie etwas häufiger in einem Beruf tätig, für den eher der Abschluss einer beruflichen Ausbildung typisch ist.

Im Überblick



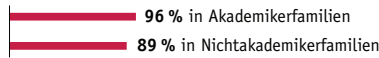
Immer mehr Studienanfängerinnen und -anfänger besuchen eine private Hochschule

Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger, die sich für eine private Hochschule entscheiden

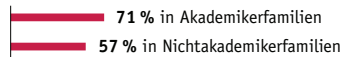


Studienberechtigte aus Akademikerfamilien studieren häufiger, insbesondere auch bei schwächeren Schulnoten

Studierwahrscheinlichkeit der Studienberechtigten mit den besten Abschlussnoten



Studierwahrscheinlichkeit der Studienberechtigten mit den schwächsten Abschlussnoten



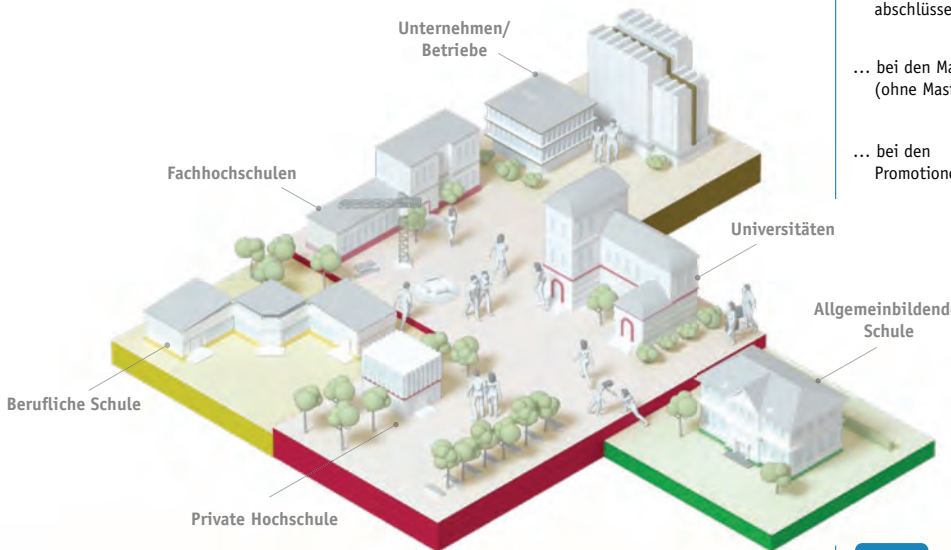
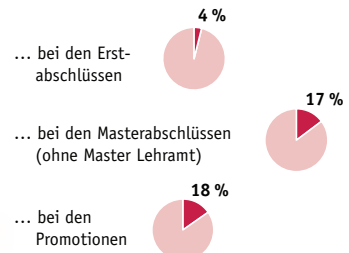
Hoher Anteil internationaler Studierender zeigt Internationalisierung der Hochschulen



internationale Studierende 2018

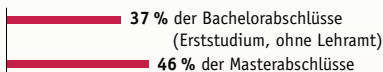
+2,4
Prozentpunkte
kontinuierlicher
Anstieg des Anteils
seit 2011

Anteil der Abschlüsse, die 2018 von internationalen Studierenden erworben wurden ...

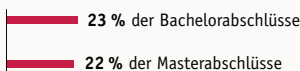


Hohe Bedeutung der MINT-Fächer in Deutschland

Auf ein MINT-Fach entfallen 2018 ...



Im OECD-Durchschnitt entfallen 2017 auf ein MINT-Fach nur ...



Die Gesamtstudiendauer bis zum Masterabschluss ist an Universitäten so lang wie die frühere Studiendauer im Diplom, Magister oder Staatsexamen

Gesamtstudiendauer bis zum ...

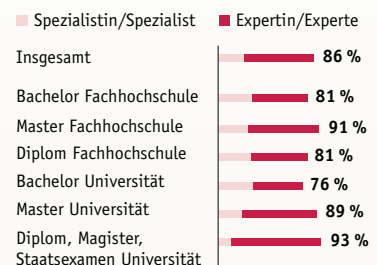
... Diplom, Magister, Staatsexamen (2000) ... Masterabschluss an Universitäten (2018)

12,7 Semester **12,9** Semester



Hochschulabsolventinnen und -absolventen arbeiten vor allem in Berufen, für die ein Hochschulabschluss üblicherweise erforderlich ist

Anteil der 25- bis unter 35-jährigen Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die in einer beruflichen Position mit Experten- oder Spezialistenniveau tätig sind, 2018



Der letzte Bildungsbericht hatte festgestellt, dass sich die Teilnahme an Weiterbildung im Vergleich zu den Vorjahren auf einem hohen Niveau einpendelt. 2018 stieg die Teilnahme nun wieder an, und zwar auf den bisher höchsten erfassten Wert von 52 % der 18- bis 69-Jährigen. Die Steigerung lässt sich vor allem auf die betriebliche Weiterbildung zurückführen, die unverändert von hoher Bedeutung ist. Dabei ist zu bedenken, dass in diesem Segment in der Regel kurzzeitige Weiterbildungen überwiegen und die strukturellen Unterschiede im Angebot und in der Teilnahme betrieblicher Weiterbildung bestehen bleiben. Kleinere Betriebe und Betriebe mit einem hohen Anteil von Teilzeitmitarbeitenden oder Beschäftigten, die einfache Tätigkeiten ausführen, bieten seltener Weiterbildung an.

Auch zwischen den Branchen bestehen große Unterschiede. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit bereits beschlossene Maßnahmen daran etwas ändern. So könnte etwa die Nationale Weiterbildungsstrategie mit einer Förderung betrieblicher Weiterbildung strukturelle Unterschiede ausgleichen. Das gilt auch für eine proaktive Förderpolitik, wie sie das Qualifizierungschancengesetz und das Arbeit-von-Morgen-Gesetz vorsehen, oder die Tarifpolitik der Sozialpartner.

Neben den Betrieben halten auch staatliche, kommerzielle und gemeinschaftliche Weiterbildungsanbieter Kurse vor. Diese Kurse können sowohl den Segmenten der nichtberuflichen als auch jenen der betrieblichen und individuell berufsbezogenen Weiterbildung zugerechnet werden. Somit wird auch Nichterwerbstätigen, Erwerbstätigen kleinerer Betriebe oder Selbstständigen berufliche Anpassung und Qualifizierung ermöglicht – unabhängig von den Weiterbildungsangeboten der Betriebe. Insbesondere staatliche Anbieter wie Volkshochschulen stellen dabei eine flächendeckende Versorgung sicher. Die meisten Bundesländer regeln das öffentlich-rechtlich verantwortete Weiterbildungsangebot mithilfe von Weiterbildungsgesetzen. Regionale Angebote sind auch deshalb von Bedeutung, weil digitale Angebote Präsenzformen der Weiterbildung nicht ersetzen, sondern zumeist ergänzen. Da gemeinschaftliche, betriebliche und kommerzielle Anbieter vor allem bevölkerungsstarke Regionen im Blick haben, benötigen die ländlichen Regionen künftig größere Aufmerksamkeit. Aber auch in den östlichen Bundesländern gibt es Entwicklungsbedarf. Denn die Zahl der staatlichen und gemeinschaftlichen Einrichtungen ist hier insgesamt relativ gering, der Weiterbildungsbedarf zu beruflichen Zwecken aber hoch.

Lediglich 4 % der Erwachsenen (18- bis 69-Jährige) nehmen an formalen Bildungsaktivitäten teil, um schuli-

sche, akademische und berufliche Abschlüsse nachzuholen, die sie nicht ihrer Erstausbildung zurechnen. Diese Form des Lernens wird künftig vor allem für Zugewanderte an Bedeutung gewinnen. Eine höhere Beteiligung entspräche zudem den Zielen der Nationalen Weiterbildungsstrategie, die im Zeichen des lebenslangen Lernens auf die Weiterqualifizierung auch in fortgeschrittenen Berufsbiografien setzt. Informelle Lernaktivitäten, die z. B. die Entwicklung digitaler Kompetenzen und die Anpassung an andere Veränderungsprozesse unterstützen, werden von 45 % der Bevölkerung zwischen 16 und 69 Jahren realisiert.

Im beruflichen Kontext zeigt die Teilnahme an Weiterbildung positive Effekte auf die Beschäftigungssicherheit und auf die Löhne; dies ist Ausdruck der guten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre. Das gilt auch für die im Rahmen des SGB II und III geförderten beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Jedoch bestehen teils starke berufsspezifische Unterschiede.

Weiterbildung nimmt auch außerhalb des Arbeitsmarktes eine zentrale Position ein. Teilnehmende sind häufiger ehrenamtlich aktiv sowie politisch oder kulturell engagiert. Zudem ist Weiterbildung bedeutend für die Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund. So haben staatliche und kommerzielle Anbieter in den letzten Jahren verstärkt Integrationskurse durchgeführt. Nach der hohen Neuzuwanderung 2015 und 2016 sinkt jetzt die Zahl der Integrationskurse wieder. Das eröffnet Potenziale, sich mehr auf die Wirksamkeit der Kurse zu konzentrieren, denn immer weniger Teilnehmende schließen bei den Sprachtests und Orientierungskursen erfolgreich ab.

Auch für Lehrende sind die Integrationskurse eine Herausforderung. Viele sind Quereinsteigende mit unterschiedlichen pädagogischen Kompetenzen, die oft vornehmlich auf Erfahrung beruhen. Sie unterrichten eine sehr heterogene Zielgruppe mit Blick auf Bildungsniveau, kulturellen Hintergrund sowie die Integrationsperspektive der Teilnehmenden.

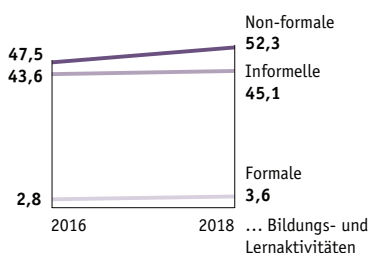
Die Berichterstattung zur Weiterbildung ist durch die Datenlage zu Qualifikationen und Kompetenzen des pädagogischen Personals wie auch zur Qualität von Lehr-Lern-Prozessen stark eingeschränkt. Die vorliegenden Befunde sprechen dafür, dass Teilnehmende die Weiterbildung positiv bewerten. Das gilt sowohl für die Anwendbarkeit des Gelernten als auch die Zufriedenheit mit dem Gelernten. Und auf der Ebene der Organisation setzen Anbieter von Weiterbildung zunehmend Qualitätsmanagementsysteme (QMS) ein, die alle qualitätsrelevanten Prozesse abdecken sollen. 80 % der Einrichtungen verfügten bereits 2017 über ein QMS.

Im Überblick



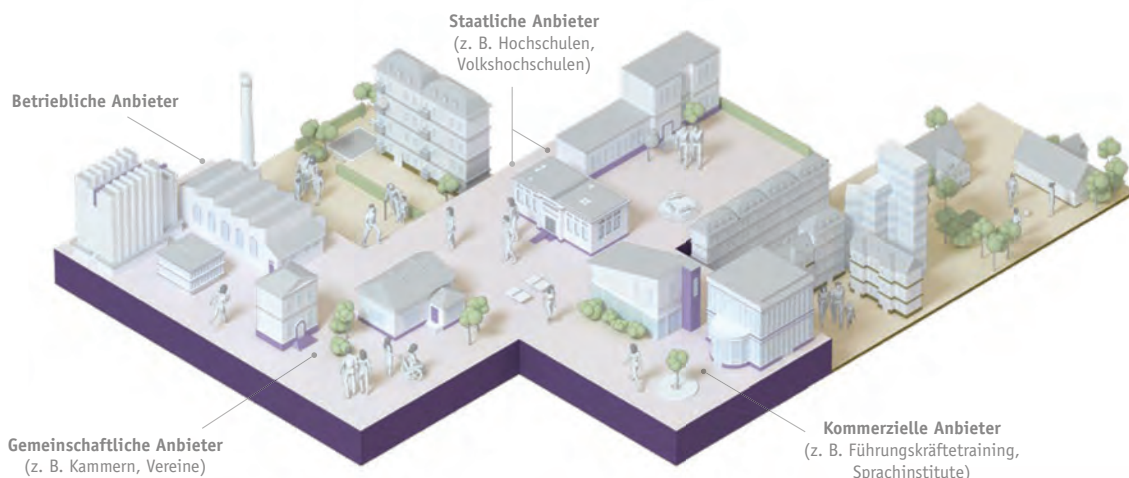
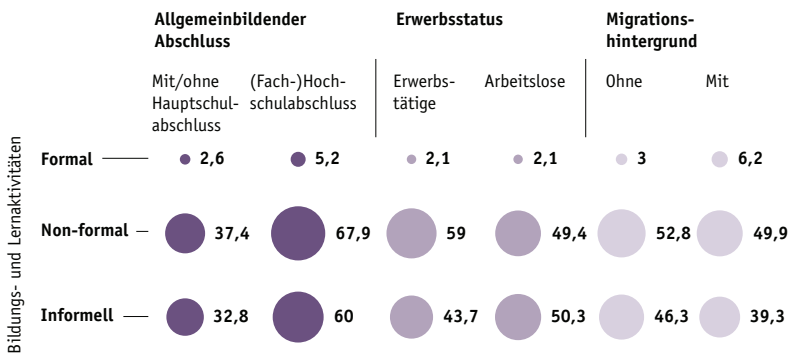
Teilnahme an Bildungs- und Lernaktivitäten Erwachsener steigt

Teilnahmequoten in %



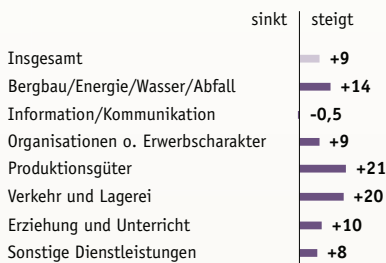
Teilnahme an formalen, non-formalen und informellen Bildungs- und Lernaktivitäten unterscheidet sich systematisch

Gruppenspezifische Teilnahmequoten 2018 in %



Veränderungen in der Weiterbildungsaktivität der Betriebe in einzelnen Branchen

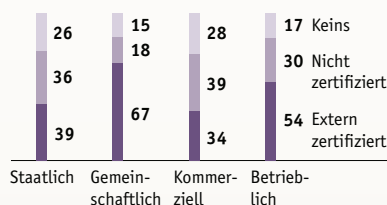
Veränderung des Anteils weiterbildungsaktiver Unternehmen ausgewählter Branchen 2009 bis 2018 in %



Qualitätsmanagementsysteme (QMS) werden zum Standard für Anbieter der Weiterbildung

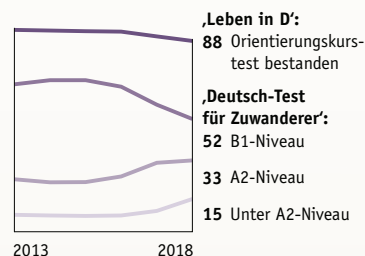
80% der Anbieter verfügten 2017 über ein QMS

Implementierung von QMS nach Anbietertyp und Zertifizierung 2017 in %



Sinkende Quoten beim Bestehen des Tests 'Leben in Deutschland' und beim Erreichen des B1-Sprachniveaus im 'Deutsch-Test für Zuwanderer'

Bestehensquoten nach Test und Sprachniveau 2013 bis 2018 in %



Mit einem Schwerpunktkapitel trägt der Bildungsbericht 2020 der Tatsache Rechnung, dass digitale Technologien innerhalb der vergangenen Jahrzehnte zu einem selbstverständlichen Teil des alltäglichen Lebens geworden sind. Die Technologien verändern nicht zuletzt die Art und Weise, wie wir uns bilden. Die Bedeutung digitaler Möglichkeiten des Lehrens und Lernens wurde insbesondere während der Corona-Pandemie deutlich, als nahezu alle Bildungseinrichtungen geschlossen und auf zeit- und ortsunabhängige Lehr-Lern-Mittel angewiesen waren.

Sich in einer digitalisierten Gesellschaft zurechtzufinden, an dieser teilzuhaben und die eigene Biografie zu gestalten wird künftig entscheidend von digitalen Kompetenzen abhängen. Über alle Bildungsbereiche hinweg verfügt jedoch ein beträchtlicher Teil der Kinder, Jugendlichen oder Erwachsenen bislang allenfalls über rudimentäre digitale Kompetenzen.

In der Freizeit verwenden immer mehr Bildungsteilnehmende digitale Medien zum (informellen) Lernen. Sie nutzen z. B. digitale Lernformate zur Wissensaneignung oder digitale Werkzeuge, um sich mit anderen über Lerninhalte auszutauschen. Ob digitale Medien in der Freizeit zur Information und Bildung genutzt werden, hängt jedoch auch von individuellen Merkmalen ab, etwa der sozialen Herkunft oder dem Alter. Umso mehr erfordert ein souveräner Umgang mit digitalen Medien zusätzliche Unterstützung durch professionelle Lehrpersonen. Während die Digitalisierung in der Hochschul- und Weiterbildung vergleichsweise weit vorangeschritten ist, war das Lernen mit und über digitale Medien gerade in den allgemeinbildenden Schulen bislang eher die Ausnahme. So gaben 2018 mehr als drei Viertel aller Achtklässlerinnen und Achtklässler an, in der Schule weniger als einmal in der Woche digitale Medien für schulbezogene Zwecke einzusetzen, ein Sechstel sogar nie. Insbesondere in den Schulen, aber auch in der Kindertagesbetreuung fehlt es vielerorts noch an der technischen Ausstattung, um die Lehr-Lern-Gestaltung digital zu unterstützen und den Erwerb digitaler Kompetenzen zu ermöglichen.

Neben einer ausreichenden Infrastruktur hängt der Erfolg des Einsatzes digitaler Medien allerdings noch entscheidender davon ab, dass diese didaktisch sinnvoll, kritisch und reflektiert genutzt werden. Bislang werden sie jedoch oft nur zur Unterstützung traditioneller Lernformen (z. B. in Form digitaler Texte oder Präsentationen) und weniger für passgenaue, individuelle Förderung oder kooperatives Lernen eingesetzt. Mit der Corona-Pandemie wurde die große Bandbreite des Entwicklungsstandes von Bildungseinrichtungen, vor allem Schulen, offenkundig.

Während einige Schulen bereits sehr erfolgreich digitale Technologien in den Schulalltag integriert haben und damit Unterrichtsausfälle kompensieren konnten, war dies in anderen Einrichtungen kaum oder nur schwer möglich.

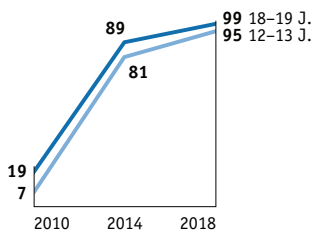
Wie digitale Medien in der Lehre eingesetzt werden, hängt maßgeblich von der Grundhaltung des Personals und seinen pädagogischen und anwendungsbezogenen Kompetenzen ab. Viele Lehrkräfte in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sind der Auffassung, dass digitale Medien Schülerinnen und Schüler motivieren oder ihnen helfen können, ein größeres Interesse am Lernen zu entwickeln. Gleichmaßen ist jedoch nur ein kleiner Anteil der Lehrkräfte der Ansicht, dass digitale Medien das Potenzial haben, Lernergebnisse zu verbessern oder individualisiertes Lernen zu ermöglichen. So werden auch die eigenen Fähigkeiten, digitale Medien in einer Art und Weise einzusetzen, die über traditionelle Lernformen hinausgeht, von den Fachkräften tendenziell gering eingeschätzt. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Vermittlung von pädagogischem und anwendungsbezogenem Wissen über digitale Technologien in der Ausbildung bislang nur bei den Fachkräften der beruflichen Ausbildung eine größere Rolle spielt. Häufig werden digitale Kompetenzen informell erworben, etwa durch Selbststudium oder im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen. Interne und externe Fortbildungen werden tendenziell – teils auch mangels entsprechender Angebote oder anderer Prioritäten der Einrichtungsleitungen – seltener wahrgenommen. Dies unterstreicht: Digitale Medien lassen sich nur dann nachhaltig in das Lehr-Lern-Geschehen integrieren, wenn neben einer besseren technischen Infrastruktur auch verstärkt in die Qualifizierung der Lehrenden investiert wird. Nicht nur die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, vielmehr müssen die Bildungseinrichtungen selbst die organisatorischen Abläufe weiterentwickeln. Digitale Technologien können nur dann erfolgreich verankert werden, wenn möglichst das gesamte Lehrpersonal in den Prozess eingebunden ist. Ziel sollte sein, Aspekte der Technik, der (Weiter-)Qualifizierung und der Lehr-Lern-Entwicklung in einem übergreifenden Medienkonzept zusammenzuführen und gemeinsam fortlaufend weiterzuentwickeln.

Im Überblick



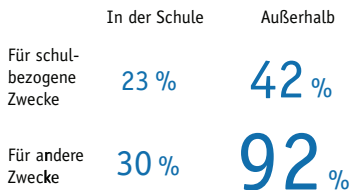
In rasantem Tempo durchdringen digitale Medien den Alltag

Smartphonebesitz der Altersgruppe in %



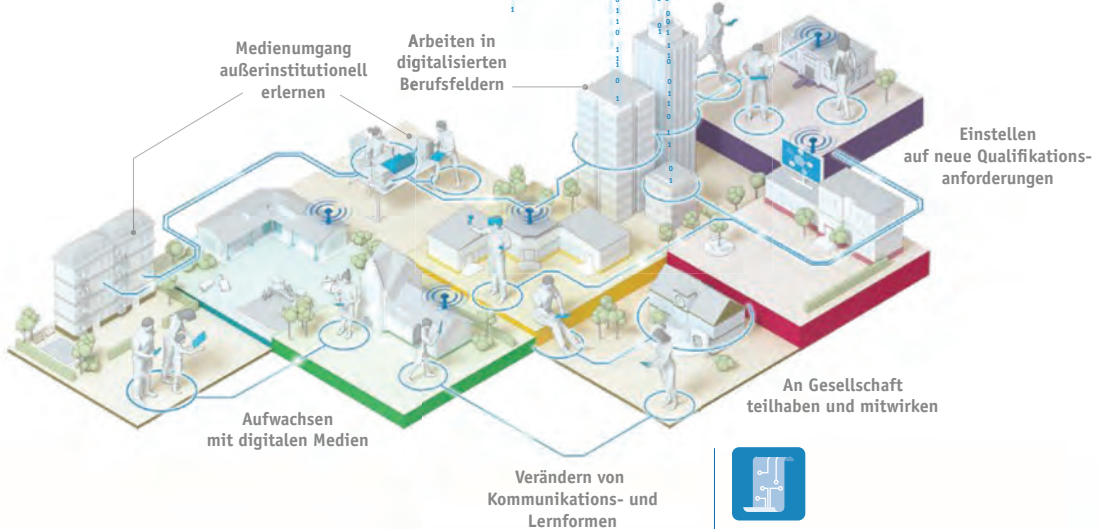
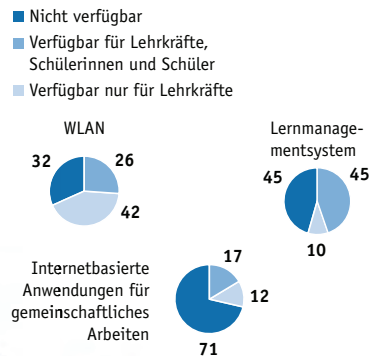
Lernwelten innerhalb und außerhalb der Bildungseinrichtungen oftmals nicht in gleichem Maße digitalisiert

Mediennutzung der Schülerinnen und Schüler in Jg. 8 2018 in %



Viele Bildungseinrichtungen technisch nicht hinreichend ausgestattet

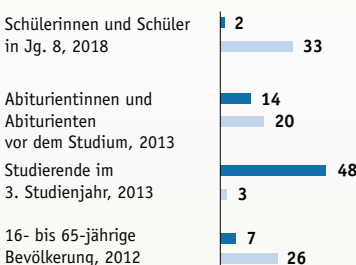
Technische Ausstattung von deutschen Schulen der Sekundarstufe I 2018 in %



Digitale Kompetenzen vieler Bildungsteilnehmenden nur gering

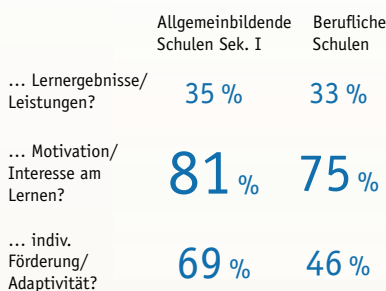
Anteil an digitalen Kompetenzstufen in % (Studien nicht vergleichbar)

- Höchste Kompetenzen
- Geringste Kompetenzen



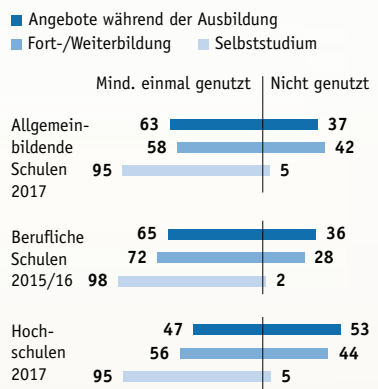
Ambivalente Einschätzung der Potenziale digitaler Medien durch Lehrende

Verbessern digitale Medien ... Lehrkräfteurteile in %



Digitalisierung in der Aus- und Fortbildung des Personals bislang von geringer Bedeutung

Fortbildungsaktivitäten der Lehrenden in %



Bildung ist ein hohes Gut für jede moderne Gesellschaft. Sie beeinflusst individuelle Lebenschancen und die gesellschaftliche Entwicklung. Wer sich länger und lebenslang bildet und qualifiziert, kann mit besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt rechnen und auch ein höheres Einkommen erreichen. Gleichzeitig wirkt sich Bildung positiv auf individuelle Verhaltensweisen, etwa die gesundheitsbewusste Ernährung, sowie auf Einstellungen wie das politische Interesse aus. Somit kann Bildung die Fähigkeit zur Selbstregulation verbessern. Die Gesellschaft als Ganzes profitiert von diesen individuellen Erträgen, indem diese die Innovationskraft und Produktivität eines Landes und damit die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt verbessern.

Positive Auswirkungen von Bildung zeigen sich in unterschiedlichen Bereichen. Die Erwerbstätigkeit war auf einem Höchststand, die Löhne sind kontinuierlich angestiegen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind grundsätzlich mit ihrer Arbeit zufrieden. Ferner hat sich die gesundheitsbewusste Ernährung verbessert, ebenso das politische Interesse und das ehrenamtliche Engagement.

Bildungserträge sind aber nicht nur ein Spiegel der gewählten Bildungswege und der erreichten Bildungsabschlüsse. Vielmehr bündeln sich in den Erträgen auch gesellschaftliche Entwicklungen, unabhängig davon, ob sie das Bildungssystem selbst betreffen oder aber den Arbeitsmarkt oder die gesamte Gesellschaft. In den vergangenen Jahren haben hier wichtige Veränderungen stattgefunden, die die Erträge mittel- bis langfristig beeinflussen können. Hierzu zählen bspw. die verbesserte Durchlässigkeit im Bildungssystem, die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft sowie die anhaltenden globalen Migrationsbewegungen.

Im Bildungssystem gab es in der jüngeren Vergangenheit verstärkt Initiativen für eine verbesserte Chancengleichheit, u. a. durch die Öffnung alternativer Bildungswege. Bildungsteilnehmende können dadurch nicht nur in Schule und beruflicher Bildung auf vielfältigen Wegen höherwertige Abschlüsse erwerben. Bei Interesse können sie auch einfacher als zuvor im Anschluss an ihre berufliche Ausbildung einen Hochschulabschluss erreichen. Diese Entwicklungen haben die Chancengleichheit im Zugang zu Bildung und ihren Erträgen erheblich verbessert.

Indem mehr Personen durch die beschriebenen Öffnungsprozesse in der Bildung höhere individuelle Erträge erzielen, profitiert auch die Gesellschaft. Seit Jahrzehnten ist der Bildungsstand der Bevölkerung angestiegen.

Für diejenigen, deren Eltern noch keinen höheren Bildungsabschluss erworben haben, eröffnen sich im Bildungssystem neue Möglichkeiten. Der Arbeitsmarkt reflektiert die Entwicklung im Bildungssystem, und die Bildungsteilnehmenden können immer öfter einen höheren Berufsstatus als ihre Eltern erreichen.

Diejenigen, die nicht an der allgemeinen Expansion von Bildung teilhaben können, sind jedoch von positiven Bildungserträgen nahezu ausgeschlossen. Die Qualifikationen und Fähigkeiten der formal gering Qualifizierten erfüllen in der heutigen Zeit oftmals nicht mehr die Anforderungen der Unternehmen in der modernisierten, digitalen wissensbasierten Arbeitswelt. Die Beschäftigungschancen der gering Qualifizierten drohen damit noch schlechter zu werden als die aller anderen Bildungsabsolventinnen und -absolventen. Gering Qualifizierte sind seltener vollzeitbeschäftigt, häufiger arbeitslos und verdienen weniger. Aber auch ihre sozialen Netzwerke unterscheiden sich oftmals vom Leben höher Qualifizierter. Kurzum, keine oder geringe Bildung mindert die Lebenschancen der Betroffenen und wirkt sich insgesamt negativ auf die Gesellschaft aus.

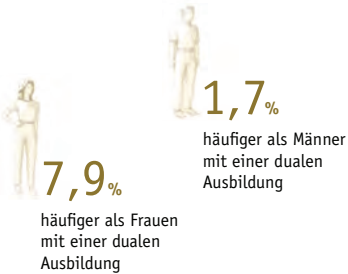
Darüber hinaus verändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland u. a. durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU und die anhaltenden globalen Flüchtlingsbewegungen. Das kann bedeuten, dass Bildungsabschlüsse nicht immer den bisherigen Vorstellungen entsprechen. So können etwa die Kompetenzen der Personen abweichen. Das wiederum kann dazu führen, dass ein Bildungsabschluss in der Arbeitswelt nicht so honoriert wird wie eigentlich erwartet.

Neben den mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Entwicklungen können auch unvorhergesehene Krisen die individuellen und gesellschaftlichen Erträge beeinflussen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Corona-Pandemie. Bereits im 1. Quartal 2020 wurden in Deutschland die Schulen geschlossen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Es folgten massive Einschränkungen des sozialen Miteinanders und der wirtschaftlichen Aktivitäten. Bundesweit wurden daher Personen, die zuvor eine stabile Erwerbstätigkeit hatten, in die Kurzarbeit geschickt oder gar ganz entlassen. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass Bildung zwar eine wichtige Grundlage ist, ihre Wirkungen und Erträge aber immer auch durch gesellschaftliche Entwicklungen, Rahmenbedingungen und Ereignisse eingeschränkt werden können.

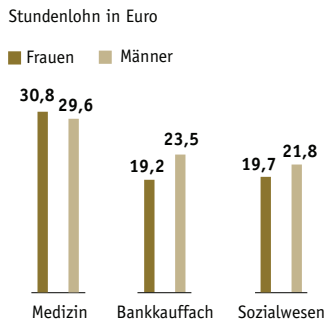
Im Überblick



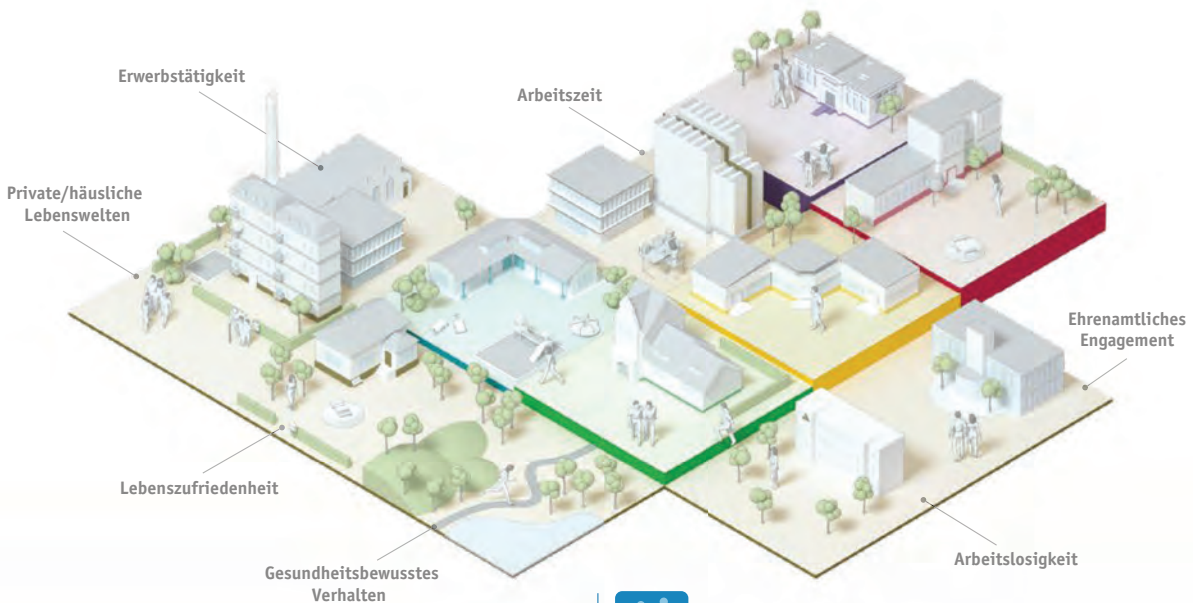
Geringfügige Beschäftigung vorrangig bei Menschen ohne Berufsabschluss



Hochschulabschluss bringt höhere Löhne als Ausbildungsabschluss – Überschneidungen aber nach Studien- und Ausbildungsfächern

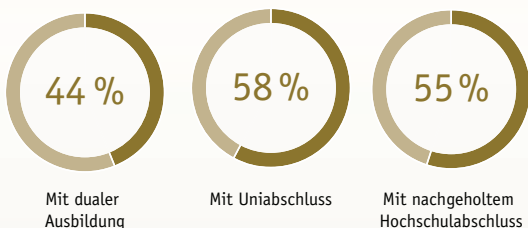


Menschen mit dualer Ausbildung verdienen je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich



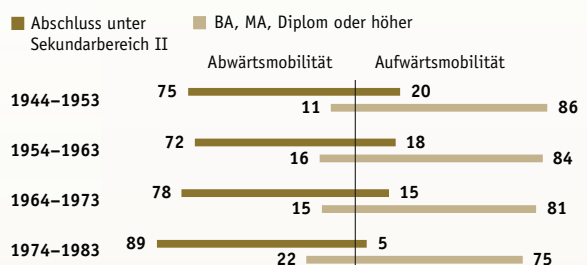
Studieren lohnt sich, auch nach einer Ausbildung

Anteil Erwachsener, die sich gesundheitsbewusst ernähren



Höherer Bildungsabschluss bedeutet bessere Berufschancen gegenüber Eltern

Berufliche Statusmobilität im Alter von 30 Jahren nach Geburtskohorten in %



Bereichsübergreifende Entwicklungslinien im Bildungswesen kristallisieren sich in der Regel erst über mehrere Jahre und mehrere Bildungsberichte als Trends und Problemlagen heraus. Sie sind das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels aus historisch gewachsenen Strukturen, unterschiedlichen Steuerungslogiken und Pfadabhängigkeiten in den Lebensläufen der Menschen. So führen Veränderungen im Bildungsverhalten, in den Bildungsangeboten oder in sonstigen bildungspolitischen Maßnahmen zunächst oft nur in einzelnen Bildungsbereichen zu differenziellen Entwicklungen und leicht veränderten Ausprägungen bereits bekannter Trends und Problemlagen. Auch deshalb folgt die nationale Bildungsberichterstattung einem Indikatorenkonzept, welches in seiner Fortschreibung überhaupt erst ermöglicht, Trends in zentralen Bildungs- und Themenbereichen über Jahre und Jahrzehnte herauszuarbeiten. Gleichwohl gibt es in der Geschichte des Bildungswesens immer wieder auch temporäre „Schocks“ – etwa den Zusammenbruch politischer Systeme, Wirtschaftskrisen oder Umweltkatastrophen –, die längerfristige Entwicklungen abbrechen, unterbrechen, umlenken oder auch beschleunigen können. Hierzu zählt auch die Corona-Pandemie, die ohne Frage die Digitalisierung in allen Bildungsbereichen sehr eindringlich zum Thema gemacht hat und im Ergebnis auch intensivieren und nachhaltig beeinflussen dürfte. Ihre mittel- und langfristigen Konsequenzen sind zwar zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts nicht absehbar, doch führt diese Krise bereits heute die Fragilität der fortschreitenden Institutionalisierung des lebenslangen Lernens vor Augen. Die Pandemie offenbart in diesem Sinne nicht nur neue Problemlagen, sondern lässt auch langjährige Entwicklungslinien in einem neuen Licht erscheinen. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend einerseits langjährige Trends weiterverfolgt, auf die bereits in vorangegangenen Berichten aufmerksam gemacht wurde, und andererseits neuere Entwicklungen und Akzentuierungen beschrieben.

Grenzen des Trends zu höherer Bildung

Der langjährige Trend zu höherer Bildungsbeteiligung und höherqualifizierenden Abschlüssen wird von Jahr zu Jahr stärker im Bildungsstand der Gesamtbevölkerung sichtbar. Ein immer größerer Anteil der Menschen verfügt über die Hochschulreife und einen Hochschulabschluss. Allerdings wird auch deutlich, dass dieser Trend seine Grenzen hat. Dies zeigt sich in den jüngsten Abschlussjahrgängen nicht nur an rückläufigen Abschlussquoten mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife, sondern auch daran, dass inzwischen wieder mehr Jugendliche die Schule verlassen, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erlangt zu

haben. Die Bildungsbeteiligung in der beruflichen und in der Hochschulbildung ist dagegen relativ stabil: Die Ausbildungs- und Studienanfängerzahlen sind weiterhin auf einem hohen Niveau. Die hohe Bildungsbeteiligung und das Abschlussniveau der letzten Jahre in Deutschland zu halten könnte dennoch zu einer Herausforderung werden. So ist gegenwärtig offen, welche Effekte die aktuelle Corona-Pandemie auf die Wirtschaft hat und welche Folgen dies für die berufliche Ausbildung mit sich bringt. Zudem verändern auch Migrationsbewegungen, deren Effekte auf den skizzierten Trend zu höherer Bildung schwer abzuschätzen sind, das Gefüge in der Bildungsbeteiligung. Inwiefern sich dies langfristig in einer wachsenden Kluft zwischen den Bildungsbenachteiligten und der Leistungsspitze niederschlägt, gilt es in den kommenden Berichten weiter zu beobachten.

Steigende Bildungsbedarfe für formal gering Qualifizierte

Trotz des insgesamt steigenden Bildungsstands der Bevölkerung gibt es über alle Bildungsphasen hinweg Menschen mit niedrigen oder fehlenden Bildungsabschlüssen oder auch geringen schriftsprachlichen Kompetenzen. Der jahrelange Trend zur Höherqualifizierung mit einem relativ geringen Anteil an formal gering Qualifizierten ohne allgemeinbildenden oder beruflichen Abschluss scheint unterbrochen, steigt dieser Anteil doch zuletzt erneut an. Mehr Menschen haben in den jüngeren Altersgruppen wieder keinen Abschluss und insbesondere junge Männer sind häufiger als junge Frauen betroffen. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die eigene Lebensgestaltung: Menschen mit einem geringen Bildungsstand finden sich öfter in sozialen und finanziellen Risikolagen wieder, ohne Zugang zu beruflich stabilen Positionen. Dies bleibt auch nicht ohne Folgen für die Bildungs- und Lebensperspektiven ihrer Kinder.

Diese Disparitäten zwischen formal gering und hoch Qualifizierten stehen in Deutschland weiterhin in einer engen Verbindung mit sozialen und regionalen Ungleichheiten. Je nach sozioökonomischer, migrationsspezifischer Zugehörigkeit variieren die Teilhabechancen an Bildung ebenso wie nach Regionen erheblich. Von der zunehmenden Vielfalt an Wahlmöglichkeiten machen nicht alle Menschen in gleichem Maße Gebrauch. Hier bedarf es künftig passgenauer Maßnahmen, um den spezifischen Bedarfen bislang benachteiligter Bevölkerungsgruppen und/oder Bildungsregionen besser gerecht werden und allen Menschen ein Mindestmaß an formaler Bildung vermitteln zu können. Bereits heute gibt es eine Vielzahl an bildungsbereichsspezifischen

Maßnahmen, zu denen u. a. die Initiativen Schulen in benachteiligter Lage und die Offene Hochschule, aber auch das Qualifizierungschancengesetz sowie die Nationale Weiterbildungstrategie zählen.

Höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem

Die Durchlässigkeit im Bildungswesen wurde durch Reformen der Struktur des Bildungssystems über viele Jahrzehnte erhöht. Gerade in den letzten Jahren wurden die einst rigiden Strukturen im Bildungssystem u. a. aufgrund der wachsenden Nachfrage der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer weiter flexibilisiert. Eine zunehmende Entkopplung von Schulabschlüssen an bestimmte Schularten sowie die fortschreitende Verknüpfung beruflicher Bildungsgänge mit höher qualifizierenden Bildungszertifikaten etwa durch den Erwerb von Studienberechtigungen an Fachoberschulen oder beruflichen Gymnasien ermöglichen den Menschen flexible Bildungswege einschließlich späterer Entscheidungen für (oder gegen) Anschlussbildungsgänge. Junge Erwachsene nutzen zudem häufiger die Möglichkeiten, die mit der höheren Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung eröffnet werden. Wichtige Bildungsentscheidungen sind zwar immer noch früh zu treffen, können aber inzwischen leichter korrigiert werden. Aufgrund dieser Korrekturmöglichkeiten wird heute z. B. mit der Schulwahl am Ende der Grundschulzeit seltener als früher der gesamte weitere Bildungsweg vorherbestimmt. Auch Erwachsene haben mittlerweile mehr Möglichkeiten als früher, sich beruflich weiterzuqualifizieren, indem sie sich bspw. auf dem Zweiten Bildungsweg für einen nachholenden Schulabschluss, eine Berufsausbildung oder ein Studium entscheiden oder als beruflich qualifizierte unabhängig vom Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung auf dem Dritten Bildungsweg ein Studium aufnehmen. Diese weitreichenden Optionen des inzwischen flexibleren und offeneren Bildungssystems können wichtige Möglichkeiten eröffnen, unabhängig von der Herkunft und ersten Bildungsentscheidungen einen individuell hohen Bildungsstand zu erlangen. Besonderes Augenmerk ist angesichts der Fülle an Bildungsinstitutionen und -wegen aber künftig auf größtmögliche Transparenz über diese auch landesspezifisch variierenden Optionen zu legen, insbesondere gegenüber den bislang benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Zunehmende Digitalisierung in allen Bildungsbereichen

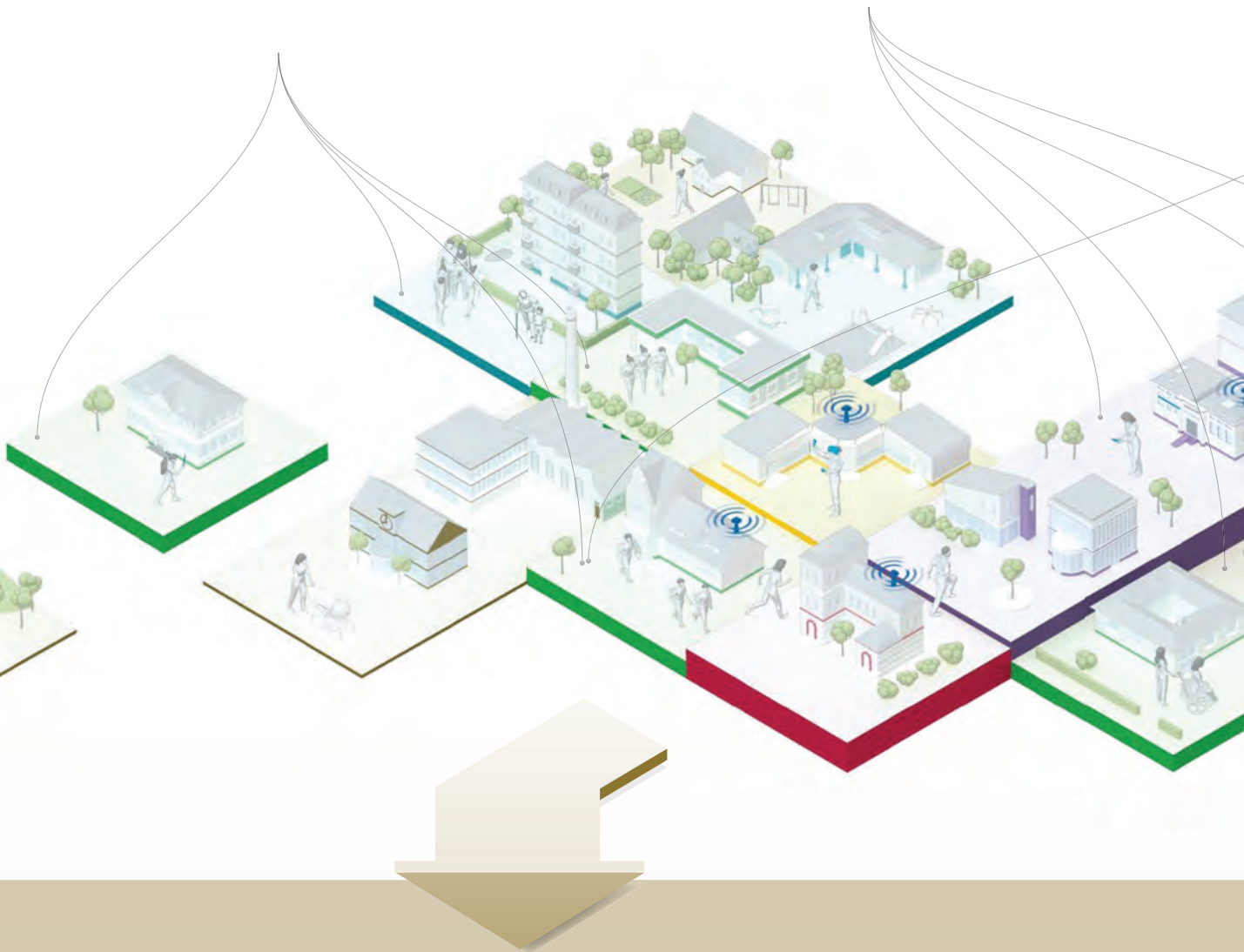
Der globale Trend der Digitalisierung zeigt sich schrittweise auch im Bildungssystem. Digitale Medien werden vermehrt in die Lehr-Lern-Prozesse integriert. Aber in den einzelnen Bildungsbereichen vollzieht sich die Digitalisierung mit unterschiedlichem Zielhorizont und Nachdruck. Während in der frühen Bildung nur partiell und vornehmlich in der Verwaltung digitale Medien eingesetzt werden, ist deren Integration in der Hochschule und der Weiterbildung etwa in Form des Blended Learning bereits weiter verbreitet. Die Akteurinnen und Akteure des Bildungssystems teilen aber bei aller Unterschiedlichkeit in den medienbezogenen Einstellungen die Einschätzung, dass die Potenziale der digitalen Medien noch nicht hinreichend genutzt sind. Dazu fehlt es noch an überzeugenden Strategien ihrer Implementation, nicht nur hinsichtlich der Bereitstellung der nötigen digitalen Infrastruktur, sondern auch bei der Veränderung organisationaler Strukturen und Abläufe sowie der Qualifizierung des Personals. Mit dem bundesweiten „DigitalPakt Schule“ wurden nun grundlegende Eckpfeiler für eine sukzessive Modernisierung und einen Ausbau der vorhandenen medial-digitalen Ausstattung in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gesetzt. Dies wird in einigen Ländern durch landeseigene Förderprogramme ergänzt. Diese müssen in den nächsten Jahren schrittweise umgesetzt und vom Lehrpersonal in den Schulalltag integriert werden. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die Potenziale, aber auch die Notwendigkeit einer solchen umfänglichen Integration digitaler Medien in den pädagogischen Alltag in besonderer Weise verdeutlicht.

Grenzen des Trends zu höherer Bildung

Der langjährige Trend steigender Bildungsbeteiligung und höherer Bildungsabschlüsse setzt sich aktuell nicht überall fort. Weitgehend stabilen Zahlen in der beruflichen und in der Hochschulbildung stehen zunehmende Schulabgänge ohne Abschluss und rückläufige Anteile mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife gegenüber.

Steigende Bildungsbedarfe für formal Geringqualifizierte

Über alle Bildungsphasen hinweg gibt es Menschen mit niedrigen oder fehlenden Bildungsabschlüssen oder geringen Kompetenzen. Vor allem junge Männer sind häufiger betroffen als junge Frauen. Die Bildungsungleichheiten stehen weiterhin in einer engen Verbindung mit sozialen und regionalen Ungleichheiten.



Zentrale Herausforderungen



Weiterer Aus- und Umbau der Bildungsinstitutionen



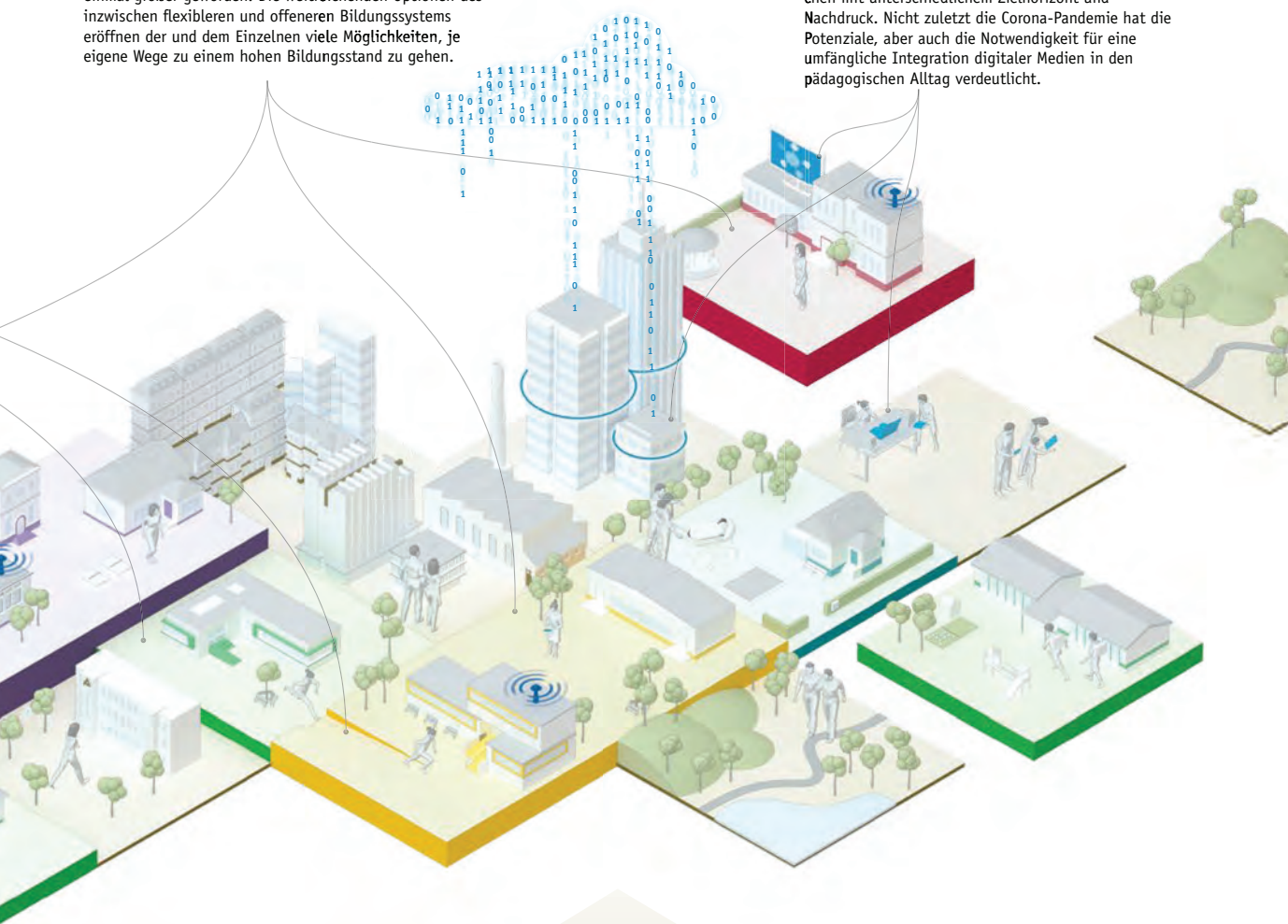
Förderung und Unterstützung des pädagogischen Personals

Höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem

Gerade in den letzten Jahren ist die Durchlässigkeit zwischen Bildungsbereichen und Bildungsgängen noch einmal größer geworden. Die weitreichenden Optionen des inzwischen flexibleren und offeneren Bildungssystems eröffnen der und dem Einzelnen viele Möglichkeiten, je eigene Wege zu einem hohen Bildungsstand zu gehen.

Zunehmende Digitalisierung in allen Bildungsbereichen

Digitale Medien werden vermehrt in die Lehr-Lern-Prozesse integriert, aber in den einzelnen Bildungsbereichen mit unterschiedlichem Zielhorizont und Nachdruck. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die Potenziale, aber auch die Notwendigkeit für eine umfangreiche Integration digitaler Medien in den pädagogischen Alltag verdeutlicht.



Gemeinsames
Verständnis
qualitativ
hochwertiger
Bildung



Kontinuierliche
Austausch- und
Abstimmungsprozesse

In einer Zeit, in der im Zuge der Corona-Pandemie weite Teile des Bildungssystems geschlossen wurden, sind die Aufrechterhaltung und Bereitstellung von Bildungsangeboten wie auch ihre Inanspruchnahme aktuell die größte Herausforderung für alle Beteiligten. Trotz aller Widrigkeiten wurde in den meisten Bildungsbereichen alles dafür getan, dass die Menschen in Deutschland auch ohne Präsenzzeiten Möglichkeiten erhalten, weiterhin zu lernen. Neben der Frage, wie der nachfolgende Prozess einer schrittweisen Öffnung der Bildungseinrichtungen organisiert werden kann, wirft die aktuelle Situation aber auch Fragen der zukünftigen Gestaltung des Bildungssystems auf. Sie schließen unmittelbar an die im Bildungsbericht 2018 benannten zentralen Herausforderungen an, die von ihrer Aktualität nichts eingebüßt haben. Im Gegenteil: Gerade im Lichte der Corona-Pandemie und der fortschreitenden Digitalisierung erhalten die 2018 formulierten Herausforderungen sogar größere Brisanz und neue Akzentuierungen.

(1) Der **Aus- und Umbau der Bildungsinstitutionen** hat in den vergangenen Jahren historisch gewachsene Strukturen weiter flexibilisiert und an die veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. Die anhaltenden Veränderungen der Rahmenbedingungen verlangen auch weiterhin nach Anpassungen innerhalb des Bildungssystems. In diesem Zusammenhang stellt die zunehmende Digitalisierung nicht nur neuartige Anforderungen, sondern eröffnet auch neue Möglichkeiten, die Bildungsinstitutionen in ihren Strukturen und Angeboten für alle Menschen mit ihren jeweiligen Ausgangslagen zu öffnen. Dies wird nur gelingen können, wenn die Einrichtungen verstärkt auch als (digitale) Orte der Kooperation zwischen Bildungspersonal, Lernenden sowie ihrem privaten, sozialen und beruflichen Umfeld geplant, eingerichtet und wahrgenommen werden.

Die Corona-Pandemie hat nochmals die besondere Verantwortung unterstrichen, die Bildungseinrichtungen nicht nur als Orte der Wissensvermittlung tragen. Vielmehr vermitteln sie als Sozialisationsinstanzen insbesondere für die jüngeren Altersgruppen, wie man sich die Welt aneignet und sozialen Umgang miteinander pflegt. So sind mit der wochenlangen Schließung von Bildungseinrichtungen die Lebens- und Arbeitswelten der Lehrenden und Lernenden vor große Herausforderungen gestellt worden. Der gestiegene Bedarf an der Aufrechterhaltung und Ausweitung häuslicher Erziehungsaufgaben offenbart vor allem auch die große Bedeutung des familialen Bereichs jenseits der öffentlich verantworteten Bildung, über den bislang kaum indikatoren gestützt berichtet werden kann. Eine Verschärfung der sozialen Disparitäten zuungunsten der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien steht zu befürchten.

Zukünftig stellt sich für die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen des Bildungssystems zudem die Frage, wie sie ihren potenziellen Einfluss zur Gestaltung von Modernisierungsprozessen stärker zur Geltung bringen können. Das lässt sich exemplarisch am Beispiel der Sicherstellung digitaler Infrastrukturen zeigen. Diese werden in Schule und Hochschule derzeit nicht selten von Medienunternehmen bereitgestellt, die ihre Interessen gegenüber vereinzelt agierenden Akteurinnen und Akteuren des Bildungssystems zur Geltung bringen, mit teils erheblichen Problemen für den Datenschutz.

(2) Die kontinuierliche **Förderung und Unterstützung des pädagogischen Personals** ist eine weitere Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bildungssystem. In nahezu allen Bildungsbereichen zeichnet sich hier großer altersbedingter Ersatzbedarf ab. Insgesamt unterstreicht dies die Bedeutung verstärkter Ausbildungsbemühungen sowie den Bedarf an kontinuierlicher und zugleich qualifizierter Fort- und Weiterbildung u. a. auch für digitale Medien. Nicht aus dem Blick geraten darf dabei, dass fast alle Bildungsbereiche auch mit Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten, die nur auf begrenzte Zeit, ohne oder nur mit geringen Vorqualifikationen und/oder ohne die sonst üblichen Beschäftigungsbedingungen Lehr- und Betreuungsaufgaben übernehmen. Vor allem bei der Integration digitaler Medien und damit verbundener innovativer Lehr-Lern-Formate können aber auch Personen ohne grundständige pädagogische Ausbildung mit ihren oftmals im Berufsleben praktisch erprobten Fähigkeiten die Digitalisierung im Bildungsbereich zusätzlich dynamisieren. Angemessene Formen der pädagogischen Einstiegsqualifikation und der begleitenden Förderung und Unterstützung stellen für diese Gruppe von Beschäftigten nicht nur eine notwendige Bedingung dar, sondern können auch zielgerichtet über digitale Weiterbildungsangebote unterstützt werden. Darüber hinaus bedarf es für das bestehende pädagogische Personal, insbesondere wenn es keine Affinität zu digitalen Medien hat, entsprechender Unterstützungssysteme, um mögliche Hemmnisse für den Einsatz in Lehr-Lern-Prozessen auszumachen und zu überwinden.

(3) Weiterhin stehen die Akteurinnen und Akteure in den einzelnen Bildungsbereichen vor der Herausforderung, ein **gemeinsames Verständnis qualitativ hochwertiger Bildung** zu entwickeln, zu implementieren und bestenfalls regelmäßig empirisch zu überprüfen. Im Schulbereich existieren mit den Bildungsstandards der KMK solche Qualitätsmaßstäbe, für die übrigen Bildungsbereiche gibt es dagegen keine vergleichbar festgelegten Kompetenzziele. Solche Referenzmaßstäbe sind auch mit Blick auf die Integration digitaler Medien im Bildungssystem vorstellbar. Eine Fokussierung auf die vorhandene

Infrastruktur würde dabei zu kurz greifen; vielmehr müssten auch hier Zielvorstellungen über digitale Kompetenzen, wie sie etwa die KMK verabschiedet hat, aufgegriffen werden. Hier eröffnet der technische Fortschritt selbst neue Chancen, Bildungsprozesse und -ergebnisse stärker formativ digital unterstützt zu dokumentieren und weiterzuentwickeln. Dies setzt aber umso mehr gesellschaftliche und bildungspolitische Zieldiskussionen voraus, die unter Einbezug verfügbarer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Expertise aufzeigen, in welche Richtung sich das Bildungswesen mit seinen Teilbereichen entwickeln kann und soll.

(4) Ein leistungsstarkes, offenes, gerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem bleibt insofern auf **kontinuierliche Austausch- und Abstimmungsprozesse** zwischen den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der Bildungspolitik, -administration und -praxis angewiesen. Ganz grundsätzlich stellt sich hierbei die Frage, welches Bildungsverständnis auf den einzelnen Stufen des Bildungssystems nicht nur bei den verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren, sondern auch den Lernenden (und ihren Erziehungsberechtigten) gegenwärtig vorherrscht und wie zukunftsfähig es ist: Beginnt der öffentliche Bildungsauftrag erst mit der Schulpflicht? Was sollen die Lerninhalte von morgen sein und in welchem Alter ist eine Aneignung entsprechender Kompetenzen sinnvoll? In welchen fachlichen, didaktischen und sozial-kommunikativen Zusammenhängen sollen die Inhalte vermittelt werden? Wie lassen sich Bildungsangebote vor diesem Hintergrund besser harmonisieren, sowohl innerhalb, vor allem aber zwischen den Bildungsbereichen? Was erwarten die Menschen vom Bildungssystem in seinen unterschiedlichen Etappen und welche sozialen und kulturellen Unterschiede bestehen hier? Die gemeinsame Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen betrifft die Aushandlung möglicher Ansatzpunkte und Zielperspektiven für die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen. Auch hier sind Lösungen nicht allein von einzelnen Akteurinnen und Akteuren in den jeweiligen Bildungsbereichen oder auf getrennten Verantwortungs- und Entscheidungsebenen zu erwarten, sondern bedürfen einer gemeinsamen und bereichsübergreifenden Verständigung. Positive Beispiele für derartige Koordinierungsbemühungen zwischen vielfältigen Akteuren, die politisch und praktisch relevante Entscheidungen treffen, finden sich etwa in der Frage eines möglichen Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung, bei der Nationalen Weiterbildungsstrategie oder auch der Dekade Alphabetisierung und Grundbildung. Digitale Medien könnten dabei helfen, dass neue Formen der Transparenz, Kooperation und Abstimmung entwickelt sowie weitere Partnerinnen und Partner miteinbezogen werden.

Über die benannten Herausforderungen hinaus hat die besondere Situation der Corona-Pandemie auch die vielfältigen Chancen der Digitalisierung verdeutlicht, weil sie ein Brennglas auf bislang kaum hinterfragte Stellen im Bildungssystem gerichtet hat. Zugleich offenbarte sich das Spektrum der Digitalisierung in einem föderalen System in seiner ganzen Breite beispielhaft an den Schulen: Während manche Länder zeitnah auf die Schulschließungen mit dem Einsatz landesweiter Lernplattformen reagierten, war das andersorts nicht möglich. Nicht nur weil viele Schulen auf diese neue Situation nicht digital vorbereitet waren, sondern auch weil manche Schülerinnen und Schüler nicht anders erreicht werden können, wurden Unterrichtsmaterialien in Papierform postalisch verschickt. Im Hochschulbereich wurde dagegen flächendeckend auf digitale Lehrformate umgestellt. Neben der vielerorts fehlenden Technik, die im Schulwesen in den kommenden Jahren mit dem bundesweiten DigitalPakt und weiteren Länderinitiativen ausgeglichen werden soll, zeigt sich allerdings auch eine Unsicherheit mit dem breiten Spektrum an didaktischen Konzepten für digitales Lernen. Die bereits seit den 1980er-Jahren in ganz unterschiedlichen Forschungssträngen gewonnenen Erkenntnisse konnten bisher nicht ausreichend in interdisziplinärer Zusammenarbeit für bildungspolitisches Handeln fruchtbar gemacht werden.

Insgesamt unterstreicht die Corona-Pandemie den Bedarf an strategischen und abgestimmten Antworten auf die hier und in vergangenen nationalen Bildungsberichten benannten Herausforderungen und auf Anforderungen der digitalisierten Lernumwelten. Auch die Wissenschaft kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein integratives Modell digitaler Bildung bereitstellen, das zu beschreiben vermag, wie Lehr-Lern-Prozesse in den zunehmend digitalisierten Lebens- und Arbeitswelten bestmöglich gestaltet werden können. Umso bedeutsamer ist es, sich in der Zukunft bereichs- und akteursübergreifend den offenen Fragen des Zusammenspiels von technischer Infrastruktur, personeller Professionalisierung und institutioneller Konzeptualisierung zu stellen.

Bildung in Deutschland kompakt 2020

Zentrale Befunde des Bildungsberichts

Der nationale Bildungsbericht erscheint alle 2 Jahre als umfassende und empirisch fundierte Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens: von der frühen Bildung über die allgemeinbildende Schule und die non-formalen Lernwelten im Schulalter, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter.

In dieser Zusammenfassung werden zentrale Befunde des 8. Bildungsberichts kompakt und anschaulich für die an bildungspolitischen Fragen interessierte Öffentlichkeit aufbereitet. Dies schließt auch die wichtigsten Ergebnisse eines Schwerpunktkapitels über Bildung in einer digitalisierten Welt ein.



Die Mitglieder der Autorengruppe Bildungsberichterstattung vertreten die folgenden Einrichtungen:

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE)

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)

Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi)

Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI)

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Destatis, StLÄ)

Mit der Federführung des Berichts ist das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation betraut.